

2009 in Zahlen

Geschäftsbericht der Nassauischen Sparkasse

Inhalt

Inhalt	Seite
Rechtsform und Träger	5
Lagebericht der Nassauischen Sparkasse	6
Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	7
Rechtliche Rahmenbedingungen	8
Die Naspas und ihr Geschäftsgebiet	8
Statistischer Bericht über die Erfüllung des Öffentlichen Auftrags gemäß § 15 Abs. 2 Hessisches Sparkassengesetz und Personalbericht	9
Geschäftsentwicklung	13
Dienstleistungsgeschäft	15
Ertragslage	15
Vermögenslage	17
Finanzlage	17
Gesamtbeurteilung	18
Nachtragsbericht	18
Risikobericht	19
Prognosebericht 2010	28
Gesamtaussage	29
Bericht des Verwaltungsrates	31
Jahresabschluss	33
Jahresbilanz	34
Gewinn- und Verlustrechnung	36
Anhang der Nassauischen Sparkasse	38
Allgemeine Angaben	39
A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	39
B. Angaben zur Bilanz	43
C. Angaben und Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich	49
D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	49
E. Sonstige Angaben	50
Verwaltungsrat der Nassauischen Sparkasse	56
Vorstand der Nassauischen Sparkasse	57
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	58
Impressum	59

Das Geschäftsjahr 2009

Rechtsform und Träger

Geschäftsbericht 2009, 170. Geschäftsjahr

Die Nassauische Sparkasse, führende Regionalbank in Hessen und Rheinland-Pfalz mit Sitz in Wiesbaden, ist hervorgegangen aus der im Jahre 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogthum Nassau“, Vorgängerin der Herzoglich-Nassauischen Landesbank.

Die Nassauische Sparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main und Erfurt, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen.

Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Diesen Zweckverband bilden die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis und der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen sowie der Rhein-Lahn-Kreis und der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz.

Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, hat seinen Sitz in Wiesbaden und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen.

Lagebericht der Nassauischen Sparkasse

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2009 stand im Zeichen der realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise. Ende 2008/Anfang 2009 erreichte die weltweite realwirtschaftliche Rezession ihren Höhepunkt. In fast allen Industrieländern schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und in den Schwellenländern verminderten sich die Wachstumsraten deutlich. Der Rückgang des deutschen Bruttoinlandsproduktes betrug für das Gesamtjahr nach Angabe des Statistischen Bundesamtes 5 %.

Die Exporte Deutschlands waren im Jahresvergleich 2009 gegenüber 2008 um 14,7 % rückläufig. In stark exportorientierten Branchen wie dem Maschinenbau und der Elektrotechnik waren Rückgänge der Auftragseingänge von 30 % und mehr zu verzeichnen. In der Folge waren die Produktionskapazitäten sehr niedrig ausgelastet. Dementsprechend waren die Ausrüstungsinvestitionen um 20 % und die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt um 8,6 % rückläufig. Vorwiegend binnenwirtschaftliche und auf den Konsum ausgerichtete Branchen blieben lange Zeit von der Rezession nahezu unberührt. Der private Konsum zeigte sich stabil.

Seit dem Frühjahr 2009 entfalten die eingeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen erste Wirkungen. Neben der Verlängerung und Flexibilisierung des Instrumentes der Kurzarbeit sind hier vor allem die Maßnahmen der Ende 2008 und Anfang 2009 verabschiedeten Konjunkturpakete zu nennen.

Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf den Arbeitsmarkt waren bisher begrenzt. Trotz des stärksten Rückschlags beim BIP auch im internationalen Vergleich ist die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresverlauf 2009 nur leicht um 0,4 % gesunken. Diese Entwicklung wurde dabei von den flexiblen, in ihrer Laufzeit verlängerten Kurzarbeitsregelungen, bei denen der Staat einen erheblichen Anteil der Überbrückungskosten übernimmt, beeinflusst.

Die verabschiedeten Konjunkturpakete umfassen zusätzlich beschlossene Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen des Staates von insgesamt rd. 80 Mrd. Euro, die zur Hälfte im Jahr 2009 wirksam geworden sind.

Aufgrund der Ausfälle bei den Steuereinnahmen durch das deutlich niedrigere Produktionsniveau und der rückläufigen Ertragslage der Unternehmen, der Mehrausgaben in den Sozialversicherungssystemen und für die Konjunkturpakete betrug das Defizit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 2009 3,2 % des Bruttoinlandsproduktes.

Infolge der stark unterausgelasteten Kapazitäten bestand 2009 ein intensiver Preiswettbewerb. Im Gesamtjahresdurchschnitt hat sich der repräsentative Warenkorb des Verbraucherpreisindex nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes geringfügig um 0,4 % verteuert.

Die stabilen Preise gaben der Geldpolitik die Möglichkeit, das Leitzinsniveau schrittweise auf 1 % zu reduzieren. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf den deutschen Bankenmarkt waren weiterhin spürbar. In deren Folge zeichnen sich verstärkte aufsichtsrechtliche Anforderungen an die qualitative und quantitative Eigenkapitalausstattung sowie die Liquiditätsvorsorge ab.

Im Jahr 2010 gehen wir von der Fortsetzung der moderaten Erholung der deutschen Volkswirtschaft aus. Dabei ist vor allem ein exportgetriebenes Wachstum zu erwarten. Vom privaten Konsum erwarten wir für 2010 keine weitere Belebung. Die weiteren Stufen der Konjunkturpakete werden wirksam. Trotzdem ist mit einem Rückgang der Erwerbstätigkeit zu rechnen. Bei den Verbraucherpreisen wird 2010 ein Anstieg um 1 % erwartet. Obwohl mit der Normalisierung des Geschehens auf den Interbankenmärkten die den Kreditinstituten bereitgestellte Liquidität wieder abgeschöpft werden dürfte, ist damit zu rechnen, dass die EZB zunächst die Leitzinsen bei der Marke von 1 % belassen wird.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Nassauische Sparkasse mit Sitz in Wiesbaden ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT), Frankfurt am Main und Erfurt.

Träger der Naspa ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Mitglieder des Zweckverbandes sind die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis und der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen sowie der Rhein-Lahn-Kreis und der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz.

Die Naspa ist fest integriert im Verbund des SGVHT. In diesem Verbund sind neben dem Helaba-Konzern die 50 Sparkassen in Hessen und Thüringen zusammengeschlossen.

Das Verbundkonzept umfasst mehrere Elemente. Neben der Festlegung eines einheitlichen Leitbildes und der strategischen Verbundziele steht vor allem das gemeinsame Risikomanagement im Vordergrund. Als Instrumentarien hierfür wurden eine gemeinsame Risikostrategie sowie ein Frühwarnsystem in Form eines Ampelmodells installiert.

Ein weiteres Element des Verbundkonzepts stellt die Bildung eines Reservefonds dar, der zusätzlich zum regionalen Sicherungsfonds von den Sparkassen in Hessen und Thüringen sowie der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) unterhalten wird.

Das Verbundkonzept trägt dazu bei, dass die Sparkassen, die Landesbank Hessen-Thüringen und die anderen einbezogenen Unternehmen als wirtschaftliche Einheit wahrgenommen werden. Nach außen erkennbar wird dies durch die Vergabe eines Verbundratings. So haben zwei unabhängige Ratingagenturen der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen ein Bonitätsrating von A+ (Fitch) bzw. A (Standard & Poor's) zuerkannt und diese Einstufung im Berichtsjahr erneut bestätigt.

Die Nassauische Sparkasse hat am 19. Dezember 2008 mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) einen Vertrag zur Veräußerung ihrer Tochtergesellschaft Naspa Dublin geschlossen. Der dingliche Vollzug erfolgte am 29. Mai 2009. In diesem Zusammenhang wurde ein öffentlich-rechtlicher Begleitvertrag geschlossen, in dem der Nassauischen Sparkasse bestimmte Auflagen – die längstens bis zum 31. Dezember 2015 zu beachten sind – gemacht werden und die Verteilung der zukünftigen Risiken zwischen der Sparkasse und dem SGVHT geregelt sind. Einzelheiten hierzu haben wir im Anhang zum 31. Dezember 2009 dargestellt.

Die Naspa und ihr Geschäftsgebiet

Unser Geschäftsgebiet erstreckt sich über sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte in Hessen und Rheinland-Pfalz mit einer Gesamtfläche von rd. 4.200 km² und rd. 2 Mio Einwohnern. Im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung und die Kaufkraft befindet sich unser Geschäftsgebiet in einem attraktiven Wirtschaftsraum, der im Bundesvergleich überdurchschnittliche Werte aufweist.

Auf unser Geschäftsgebiet entfallen mehr als 41 % der Bruttowertschöpfung des Landes Hessen und rd. 7 % der Bruttowertschöpfung des Landes Rheinland-Pfalz. Hinsichtlich der Einzelbranchen und ihrer regionalen Ansiedlung bestehen jedoch deutliche Unterschiede. Insgesamt dominiert der Dienstleistungssektor, gefolgt vom produzierenden Gewerbe. Entsprechend unterschiedlich hinsichtlich der Branchen und der Regionen zeigte sich auch die konjunkturelle Entwicklung. So bewegten sich die von den regionalen Industrie- und Handelskammern erhobenen Geschäftsklimaindizes zwischen 87 und 99 Punkten. Der vergleichbare Ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland weist für den gleichen Zeitraum 88 Punkte aus. Die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten verlief ebenfalls nicht einheitlich. Die Quote der Erwerbslosen im Geschäftsgebiet lag innerhalb einer Spannweite von 4,0 % bis 8,2 %, während zum 31. Dezember 2009 die Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz 5,7 % und in Hessen 6,4 % betrug (Vorjahr: 5,5 % bzw. 6,3 %).

Um die Zukunftsfähigkeit der Naspa nachhaltig zu sichern, haben wir die bereits Ende des ersten Quartals 2008 begonnene Umsetzung unserer Strategie „Naspa 2011“ fortgeführt. Da die Naspa Teil einer sich dynamisch verändernden Bankenlandschaft – speziell im Retailgeschäft – ist, steht dabei die Neuausrichtung der Naspa als die Nr. 1 im Komfort im Fokus, d. h., die Naspa soll trotz des regionalen Wettbewerbs als Marktführer in der Dienstleistung wahrgenommen werden. Ziel ist es, sich auch vor dem Hintergrund des weiter zunehmenden Wettbewerbs, auch mit den Direktbanken, von den Mitbewerbern abzugrenzen und dadurch nachhaltig eine Verbesserung der Ertragskraft zu erreichen.

Bei der Umsetzung der Maßnahmen haben wir die Heterogenität unseres Geschäftsgebietes berücksichtigt. Das Geschäftsgebiet ist im Privatkundengeschäft in zehn Regionalmärkte und im Firmenkundengeschäft in sechs Regionalmärkte untergliedert. Ein besonderes Augenmerk liegt unter anderem auf der Neuausrichtung unseres erfolgreichen Private Banking-Konzepts, das wir mit insgesamt 20 Private Banking-Centern im gesamten Geschäftsgebiet einer deutlich größeren Kundengruppe anbieten können. Mit unserer Komfortpositionierung und neuen IT-gestützten Beratungskonzepten wollen wir unseren Kunden einen Mehrwert bieten.

Unsere Komfort- und Serviceorientierung haben wir nach der Umsetzung von einem unabhängigen Gutachter – dem TÜV Hessen – erfolgreich zertifizieren lassen. Das TÜV-Proficert-Siegel für Komfort- und Serviceorientierung wird für drei Jahre vergeben, wobei die unabhängigen TÜV-Prüfer einmal jährlich eine Überprüfung der festgelegten Service- und Dienstleistungsstandards vornehmen. Die erfolgreiche erste Überprüfung im Herbst 2009 zeigte, dass sich die Komfort- und Serviceorientierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter verstetigte.

Zusätzlich zu unserer Strategie „Naspa 2011“ haben wir im dritten Quartal 2007 ein Projekt zur Restrukturierung der Stabs- und Marktfolgebereiche begonnen, dessen Umsetzung voraussichtlich bis Ende 2011 abgeschlossen sein wird.

Statistischer Bericht über die Erfüllung des Öffentlichen Auftrags gemäß § 15 Abs. 2 Hessisches Sparkassengesetz und Personalbericht

Die Nassauische Sparkasse ist seit ihrer Gründung im Jahr 1840 dem gemeinen Nutzen in und für die Region verpflichtet. Im Zentrum steht dabei der öffentliche Auftrag der Naspa, der in § 2 des Hessischen Sparkassengesetzes festgeschrieben ist. Danach ist die Naspa mit der Aufgabe betraut, als ein dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Der Naspa obliegt danach insbesondere die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Die Förderung der kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich ist dabei Teil des öffentlichen Auftrages.

Leistungsangebot

Die Naspa gewährleistet mit einem flächendeckenden Vertriebs- und Servicenetz die Nähe zu ihren Kunden. Insgesamt stehen 149 Finanz- und Service-Center, 20 Private Banking-Center, und 6 Firmenkunden-Center zur Verfügung. Das Angebot wird durch 86 Service-Points ergänzt, davon 74 Nebenzweigstellen, in denen unsere Kunden – insbesondere in den kleineren Ortschaften unseres Geschäftsgebietes – ebenfalls Bankgeschäfte tätigen können.

Unser gesamtes Leistungsspektrum erstreckt sich vom täglichen Zahlungsverkehr über die Finanzierung privater und geschäftlicher Investitionen sowie Baufinanzierungen und die traditionelle Geldanlage bis hin zur individuellen Vermögensberatung. Durch die Zusammenarbeit mit den Verbundunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppen Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz wird das Produktportfolio der Naspa um den Versicherungs-, Bausparkassen- und Immobiliensektor sowie Leasing ergänzt.

Zum Ende des Berichtsjahres führten wir für unsere Kunden folgende Konten:

Kontenart	Stück
Spar	427.482
Termingeld	6.163
Geschäftsgiro	41.937
Privatgiro	307.437
Depot	39.577

Zum Ende des Berichtsjahres führten wir für unsere Kunden folgende Bestände:

Bilanzwirksame Anlagen	in Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.183,2
davon:	
• Spareinlagen	2.257,7
• befristete Einlagen	4.925,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	658,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	205,6
Genussrechte	65,2

Bilanzneutrale Anlagen	in Mio. EUR
Depotbestand	2.269,3

Dabei kamen wir auch dem öffentlichen Auftrag nach, jedem Einwohner in unserem Geschäftsgebiet ein Konto auf Guthabenbasis zur Verfügung zu stellen. Knapp 9.500 Kontoinhabern stand damit ein Zahlungsverkehrsinstrument zur Verfügung, das ihnen auch in wirtschaftlich oder sozial angespannter Lage die Möglichkeit bietet, Bankgeschäfte zu tätigen.

Neben der Bereitstellung von Kreditmitteln für unsere Privatkunden ist die Naspas eine wichtige Ansprechpartnerin für den gewerblichen Mittelstand, Freiberufler und Existenzgründer. Insgesamt erfolgten 2009 Darlehenszusagen von rd. 1,3 Mrd. EUR (2008: 1,0 Mrd. EUR), während Darlehen von rd. 1,2 Mrd. EUR (2008: 1,0 Mrd. EUR) ausgezahlt wurden. Dabei werden neben hauseigenen Finanzmarktprodukten auch öffentliche Förderkredite und Finanzierungsinstrumente in das ganzheitliche Betreuungskonzept einbezogen. Insgesamt haben wir im Jahr 2009 im Rahmen unserer Beratungs- und Betreuungsaktivitäten aus öffentlichen Förderprogrammen mehr als 660 Kredite mit einem Gesamtvolumen von rd. 60 Mio. EUR vergeben.

Damit erfüllt die Naspas ihren satzungsmäßigen Auftrag. Insgesamt besteht – trotz der seit Sommer 2009 vermehrt geführten Diskussion um diesen Begriff – für die Kunden der Naspas keine Kreditklemme.

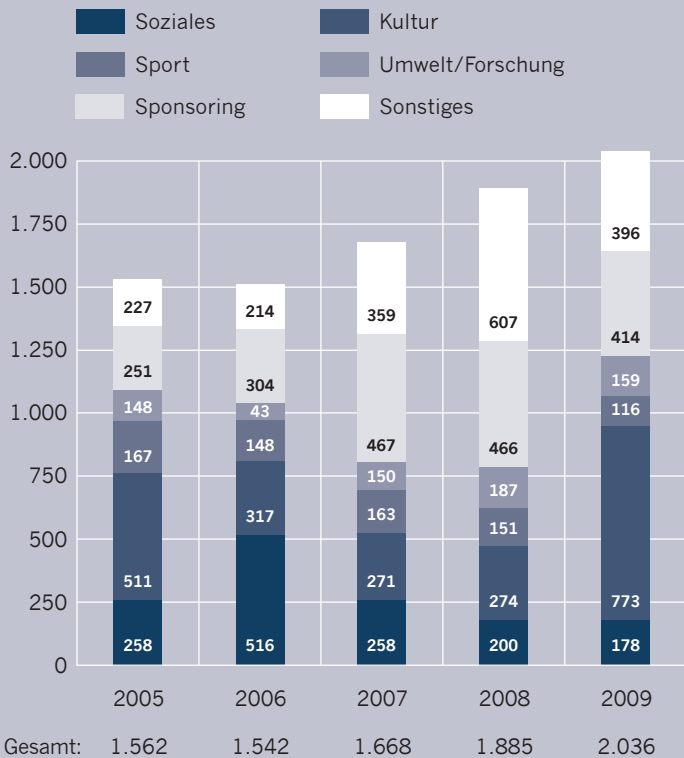
Soziales und wirtschaftliches Engagement

Als eng mit ihrem Geschäftsgebiet verankerte Sparkasse hat die Naspas nicht nur ein hohes Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch an der Entwicklung des kulturellen und sozialen Lebens in ihrem Geschäftsgebiet.

Die **Naspas Stiftung „Initiative und Leistung“** wurde am 15. Dezember 1989 durch die Nassauische Sparkasse mit einem Stiftungskapital von 2,6 Mio. EUR gegründet. Seitdem erhöhte sich das Stiftungsvermögen durch Zustiftungen der Naspas kontinuierlich. Im Berichtsjahr erfolgte aus Anlass des 20-jährigen Stiftungsjubiläums eine Zustiftung von 0,5 Mio. EUR. Ende 2009 beträgt das Stiftungskapital somit 15 Mio. EUR. Dieses Vermögen steht dauerhaft zur Verfügung und garantiert durch seine Erträge eine nachhaltige Fördermittelvergabe für die Region. Der Schwerpunkt liegt dabei besonders auf kleinen Vereinen und Kleinstprojekten aus den Bereichen Jugend, Kultur, Kunst, Sport, Heimat- und Brauchtumspflege sowie Umweltschutz und Gesundheitspflege. Seit Gründung der Stiftung wurden über 7.400 Projekte und Aktivitäten in der Region unterstützt und Fördergelder von rund 12,4 Mio. EUR ausgeschüttet. Auf das Berichtsjahr entfallen Fördermittel von über 0,4 Mio. EUR.

Daneben hat die Naspas eine große Anzahl von Vereinen und Einrichtungen im Jahr 2009 in Form von Spenden, PS-Los-Zuwendungen und Sponsoring insgesamt in Höhe von 1,6 Mio. EUR finanziell unterstützt. Mit insgesamt über 2 Mio. EUR an Fördermitteln unterstützen wir diese Vereine und Einrichtungen dabei, ihre gemeinnützigen Aufgaben und Ziele zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Geschäftsgebiet der Naspas weiter zu erfüllen.

Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen (TEUR)



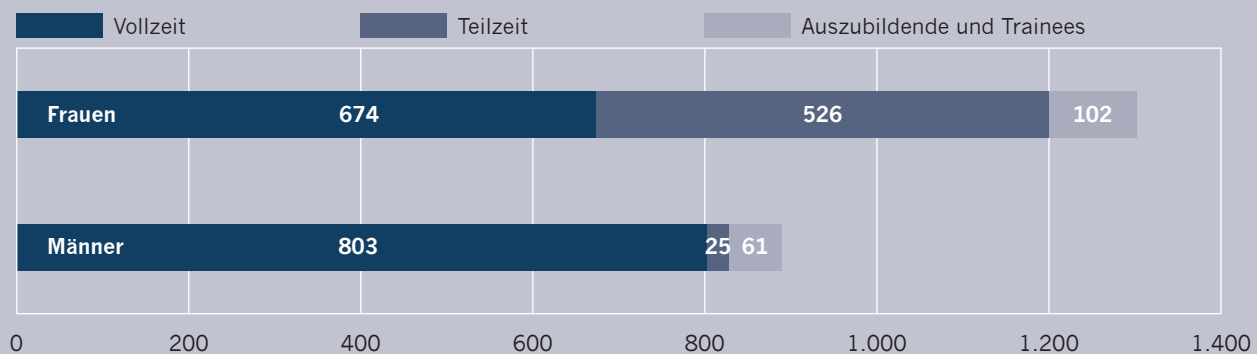
Zur weiteren wirtschaftlichen Förderung der Region hat sich die Naspa an insgesamt vier Wirtschaftsförderungsgesellschaften beteiligt. Diese tragen u. a. auch durch die Unterstützung von Existenzgründern zu einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur ihrer Landkreise bei.

Als Steuerzahlerin trägt die Naspa zur Finanzierung der öffentlichen Hand bei. In den Jahren 2005 bis 2009 belief sich der Steueraufwand auf insgesamt 36,3 Mio. EUR. Die Gewerbe- und Grundsteuer fließt den Kommunen direkt zu, über die Umlage der Körperschaftsteuer partizipieren die Gemeinden vor Ort.

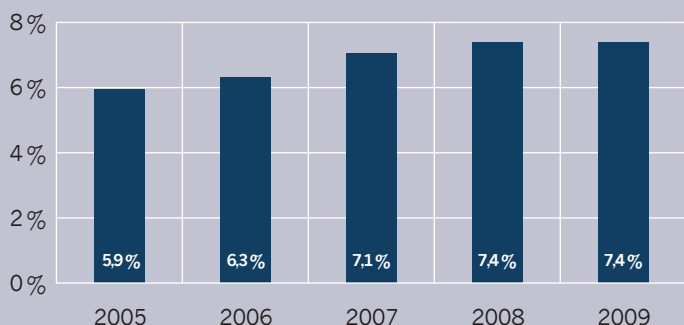
Personalstruktur

Zum Jahresende 2009 beschäftigte die Naspa insgesamt 2.191 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Ende 2008: 2.234). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten lag bei 1.477 (Ende 2008: 1.488) und der Teilzeitbeschäftigten bei 551 (Ende 2008: 580). Umgerechnet auf Vollzeitkräfte sind bei der Naspa 1.933 Mitarbeiter tätig (Vorjahr: 1.972).

Arbeitszeitmodelle



Ausbildungsquote



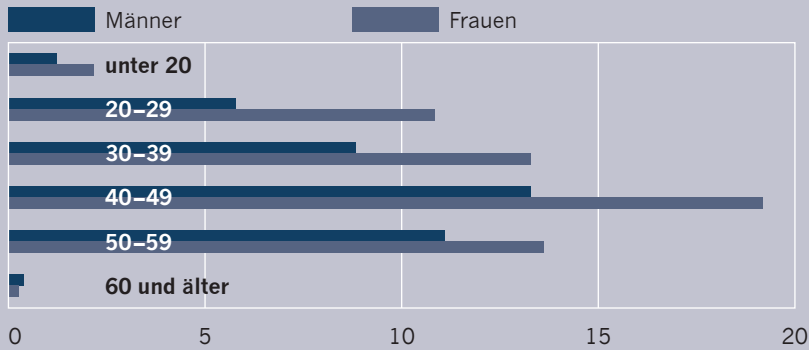
Einen hohen Stellenwert hat die Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter. Dies zeigt sich auch in der Beschäftigung von 163 Auszubildenden und Trainees zum Jahresende 2009 (Ende 2008: 166).

Im Laufe der letzten fünf Jahre hat die Naspa die Zahl nahezu beibehalten. Bei reduziertem Personalbestand führte dies zu einem Anstieg der Ausbildungsquote von 5,9% auf 7,4%.

Bei der Naspas werden variable Arbeitszeiten sowie unterschiedliche Teilzeitarbeitsmodelle genutzt. Der Anteil der Beschäftigten, die in einem aktiven Altersteilzeitverhältnis stehen, betrug Ende 2009 4,2 % (Ende 2008: 3,7 %).

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit unserer Mitarbeiter lag 2009 bei 17,7 Jahren (Ende 2008: 18,6 Jahre), das Durchschnittsalter bei 40,3 Jahren (Ende 2008: 40,9 Jahre) und die Austrittsquote bei 6,2 % (Vorjahr: 7,2 %). Die durchschnittliche jährliche Krankenquote belief sich auf 4,4 % (Vorjahr: 4,3 %).

Altersstruktur (Verteilung in %)

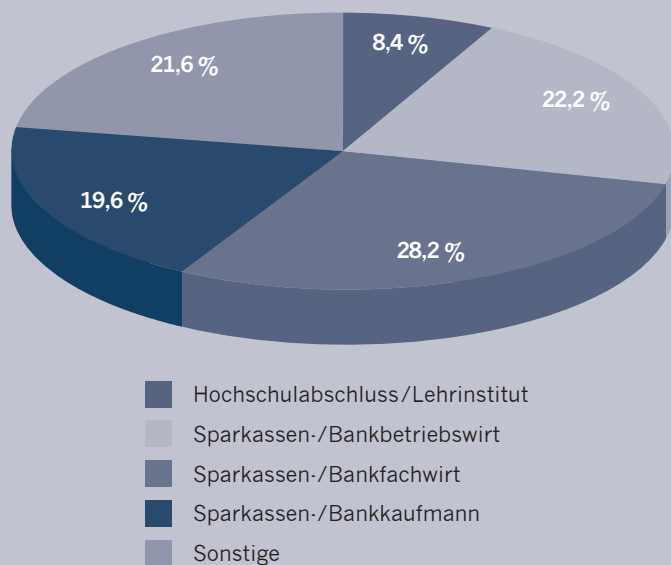


Personalentwicklung

Die Beschäftigten der Naspas wiesen im Jahr 2009 bezüglich ihrer Bildungsabschlüsse ein im Sparkassenvergleich überdurchschnittliches Bildungsprofil auf, wobei vor allem der hohe Anteil an Sparkassen-Bildungsabschlüssen mit insgesamt rd. 53 % (2008: rd. 59 %) hervorzuheben ist.

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiter und damit in die Ertragskraft unseres Instituts. Ausgelöst durch die Neuausrichtung der Nassauischen Sparkasse als Vertriebssparkasse und im Hinblick auf die demografische Entwicklung der Beschäftigten haben wir unsere Personalentwicklung konzeptionell weiterentwickelt.

Bildungsabschlüsse



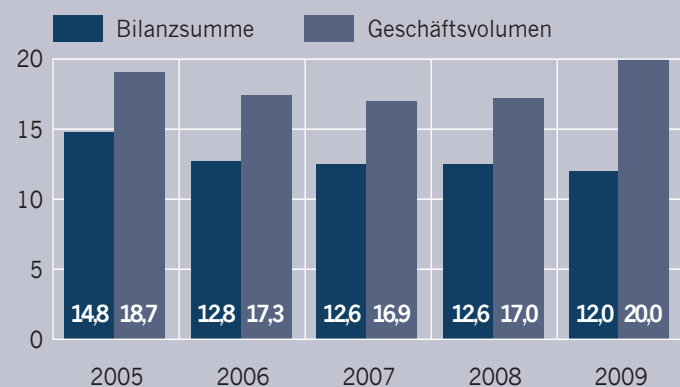
Die Neuausrichtung unserer Personalentwicklung ist stringent auf den Bedarf im Vertrieb ausgerichtet – und damit auf den Bedarf unserer Kunden. Durch Verbindung von fachlicher Kompetenz und verkäuferischer Professionalität streben unsere Mitarbeiter an, unser Kundenversprechen, die Nr. 1 im Komfort zu sein, einzulösen. Bei der Weiterbildung unserer Vertriebsmitarbeiter setzen wir auf systematisches, individuelles Lernen mit Erfolgskontrolle. Als Voraussetzung dafür haben wir 2009 die Naspas-NetAcademy aufgebaut.

Die Naspas-NetAcademy ist eine technische Plattform für E-Learning. Sie bietet für jede vertriebliche Funktion das passende Lernangebot – zum Beispiel für Serviceberater, Privatkundenberater oder Berater unserer Private Banking- und Firmenkunden. Die Lerneinheiten orientieren sich eng an der praktischen Arbeit – eingebunden sind Online-Trainings, Fallstudien und Praxisaufträge. Regelmäßige Lern-erfolgstests erlauben Mitarbeiter und Führungskraft eine zeitnahe Erfolgskontrolle und Standortbestimmung. Ab 2010 werden die Mitarbeiter sukzessive in der Naspas-NetAcademy qualifiziert.

Geschäftsentwicklung

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Entwicklung der Bilanzsumme und des Geschäftsvolumens der Naspa (Mrd. EUR)



Während sich die Bilanzsumme um rd. 0,6 Mrd. EUR = 5 % auf 12,0 Mrd. EUR verminderte, stieg das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme, Bürgschaften und Derivate mit ihren Nominalbeträgen) um 3,0 Mrd. EUR oder 17,6 % auf 20,0 Mrd. EUR. Die Ausweitung resultiert aus der Haftungsverpflichtung gegenüber dem SGVHT infolge des Verkaufs der Beteiligung Naspa Dublin.

Entwicklung einzelner Positionen der Aktiva

	2005	2006	2007	2008	2009
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	1.249	1.852	2.612	2.405	1.808
Forderungen an Kunden	8.142	7.692	7.449	7.910	8.100
Wertpapiere	4.679	2.433	1.702	1.537	1.512
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	272	398	439	422	167
Übrige Aktiva	458	377	363	341	394
Bilanzsumme	14.800	12.752	12.565	12.615	11.981

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mrd. EUR (-24,8 %) deutlich verringert. Der Bestandsrückgang ist die Folge der geringeren Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln für Naspa Dublin nach dem Verkauf an den SGVHT.

Das Kundenkreditgeschäft insgesamt hat sich im Jahr 2009 um rd. 0,2 Mrd. EUR (+2,4 %) erhöht. Während der Bestand im Kreditgeschäft mit Privatkunden insgesamt leicht rückläufig war, konnten wir – bei unveränderten Bonitätsanforderungen – im Firmenkundengeschäft und bei der Kreditvergabe an Kommunen und Institutionelle Zuwächse verzeichnen. Die Erhöhung der Kundenkredite insgesamt lag damit leicht über unseren Erwartungen.

Die Bestände an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren verminderten sich geringfügig um rd. 1,6 %. Entsprechend unserer Planung haben wir fällige Papiere teilweise nicht ersetzt. Dieser Rückgang wurde durch den Zufluss des Verkaufserlöses der Beteiligung Naspa Dublin weitgehend kompensiert.

Der Rückgang bei den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen um 255 Mio. EUR (-60,4 %) resultiert zum weit überwiegenden Teil aus dem Verkauf unserer Beteiligung Naspa Dublin.

Entwicklung einzelner Positionen der Passiva

	2005	2006	2007	2008	2009
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.964	3.662	3.176	2.988	2.751
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.717	6.876	7.208	7.480	7.183
Verbriefte Verbindlichkeiten	681	643	642	645	658
Eigene Mittel	739	850	824	783	767
Übrige Passivbestände	699	721	715	719	622
Bilanzsumme	14.800	12.752	12.565	12.615	11.981

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich um rd. 0,2 Mrd. EUR (-7,9 %). Dies resultierte überwiegend aus dem Abbau von Refinanzierungsmitteln durch fällige, nicht mehr prolongierte Forderungen gegenüber Naspa Dublin.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verminderten sich daneben – entgegen unseren Erwartungen – ebenfalls um rd. 0,3 Mrd. EUR (-4,0 %). Die rückläufige Entwicklung ist insbesondere unserer Geschäftsstrategie geschuldet, kein Wachstum über Konditionen zu generieren. Während sich die Bestände der Spareinlagen um rd. 0,3 Mrd. EUR erhöhten, war bei den befristeten Einlagen per saldo ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Dabei hielt die Entwicklung hin zu den kurzfristigen Anlagen weiter an. In dem Segment Firmenkunden konnten die Bestände gehalten werden, während es bei den Kommunen und Institutionellen sowie im Privatkundensegment per saldo zu Rückgängen kam. Neben der Anlage in Versicherungsprodukten und der Ablösung von Krediten floss rund ein Drittel der Bestandsrückgänge im Privatkundensegment in die Wertpapierersparnis.

Dienstleistungsgeschäft

Das Dienstleistungsgeschäft der Naspas zeigte im Jahr 2009 eine zweigeteilte Entwicklung. Die geplanten Umsätze konnten übererfüllt, die geplanten Erträge insgesamt nicht ganz erreicht werden.

Im Wertpapierkommissionsgeschäft blieb der Umsatz mit rd. 1,5 Mrd. EUR nahezu auf Vorjahresniveau. Durch das veränderte Kundenverhalten waren die Erträge rückläufig.

Erstmals in Kooperation mit Landesbanken vertriebene Stufenzinsanleihen konnten in einem Volumen von rd. 340 Mio. EUR abgesetzt werden. Der Umsatz in den Verbundprodukten Deka-Fonds war rückläufig und belief sich auf rd. 256 Mio. EUR. Das per 31. Dezember 2009 bei der Naspas-Fonds-Vermögensverwaltung betreute Volumen erhöhte sich auf rd. 210 Mio. EUR (Vorjahr: rd. 205 Mio. EUR). Der Absatz strukturierter Anleihen, die von der Naspas initiiert wurden, erhöhte sich im Berichtsjahr wieder auf 31 Mio. EUR (Vorjahr: rd. 21 Mio. EUR).

Das Vermittlungsgeschäft der Naspas-Versicherungs-Service GmbH legte weiter zu. Neben Vorsorgeprodukten werden zunehmend auch Vermögens- und Kapitalanlageprodukte im Versicherungsgeschäft nachgefragt. Das polizierte Neugeschäft erhöhte sich auf rd. 230 Mio. EUR. Entsprechend dem Bedarf unserer Kunden erfolgte der Abschluss von Versicherungsprodukten für die private und auch betriebliche Altersvorsorge.

Beim Bausparen konnte der Rückgang der Vorjahre im Berichtsjahr gestoppt werden. Das an unsere Verbundpartner LBS Hessen-Thüringen und LBS Rheinland-Pfalz vermittelte Volumen erhöhte sich von 169 Mio. EUR auf 177 Mio. EUR, während die Anzahl der 2009 abgeschlossenen Bausparverträge von rd. 6.600 auf rd. 5.900 gesunken ist.

Das an unsere Verbundpartner vermittelte Leasinggeschäft entwickelte sich mit einem Neugeschäftsvolumen von 25,1 Mio. EUR (Vorjahr: 23,8 Mio. EUR) ebenfalls erfreulich.

Ertragslage

Das Betriebsergebnis vor Bewertung liegt 2009 über unseren Erwartungen. Mit 97,1 Mio. EUR (+56,1 %) konnten die geplanten Ergebnisse deutlich überschritten werden. Insbesondere ein höheres Zinsergebnis, geringere Personalaufwendungen und Einsparungen im Sachkostenbereich waren hierfür ursächlich.

	2005	2006	2007	2008	2009
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss (einschließlich laufender Erträge)	271,5	252,6	214,1	222,0	238,1
Provisionsüberschuss	68,5	73,0	71,2	64,8	63,5
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen	232,7	248,3	222,0	226,6	209,4
Teilbetriebsergebnis	107,3	77,3	63,3	60,2	92,2
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	2,1	5,1	1,0	0,7	0,4
Saldo aus sonstigen Erträgen und Aufwendungen	6,7	14,9	6,8	1,3	4,5
Betriebsergebnis vor Bewertung	116,1	97,3	71,1	62,2	97,1
Bewertungsergebnis	-100,2	-76,5	-71,3	-49,8	-63,0
Betriebsergebnis nach Bewertung	15,9	20,8	-0,2	12,4	34,1

Der **Zinsüberschuss** (einschließlich laufende Erträge) erhöhte sich um 7,3 % auf 238,1 Mio. EUR. Die positive Entwicklung wurde durch eine Verbesserung des Strukturbeitrages aus der Anlage der Eigenbestände und eine weitere Stabilisierung der Margen im Kundengeschäft begünstigt. Der **Provisionsüberschuss** verringerte sich im Berichtsjahr leicht um 2,1 %. Dies ist auch Folge eines Einmal-effektes des Jahres 2008 bei den Provisionen aus dem Vertrieb von Verbundprodukten, der erwartungsgemäß nicht vollständig durch höhere Erträge aus anderen Sparten ausgeglichen werden konnte. Die geplanten Umsatzziele konnten überwiegend übererfüllt werden, während die entsprechend geplanten Ertragsziele auch marktbedingt nicht vollständig erreicht werden konnten.

Die **Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen auf Sachanlagen** verminderten sich um 7,6 %. Der Rückgang des laufenden **Personalaufwandes** um 9,1 % resultiert im Wesentlichen aus dem Wegfall des Sondereffektes des Jahres 2008, in dem für den Personalabbau in den Stabs- und Marktfolgebereichen im Rahmen eines Sozialplans Rückstellungen gebildet wurden. Im Jahr 2009 wurde die betriebliche Altersversorgung unserer Mitarbeiter neu geordnet. Die Effekte aus dieser Neuordnung und der Rückgang des Personalbestandes wirkten sich entlastend auf den Personalaufwand aus. Die Abweichungen zu dem geplanten Personalaufwand resultieren daneben auch aus Reduzierungen bei den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen durch die Inanspruchnahme des Wahlrechtes gemäß Artikel 28 EGHGB für Pensionsansprüche, die vor dem 1. Januar 1987 erworben wurden. Der **Sachaufwand** reduzierte sich um 6,5 %. Dies ist im Wesentlichen auf – gegenüber dem Vorjahr – erneut geringere Aufwendungen für die weitere Umsetzung des Strategieprozesses „Naspa 2011“ sowie die Reduzierung von Aufwendungen im EDV-Bereich zurückzuführen.

Die **Abschreibungen auf Sachanlagen** blieben unverändert auf dem Niveau des Vorjahres.

Die **Cost-Income-Ratio** sank von 78,4 % auf 68,3 %. Für das im Jahresdurchschnitt zur Verfügung stehende bilanzielle Eigenkapital errechnet sich auf Basis des Vorsteuerergebnisses vor Veränderung der Reserven nach § 340 f und § 340 g HGB für das abgelaufene Jahr eine Eigenkapitalverzinsung von 7,8 %.

Entsprechend unseren Planungen erhöhte sich vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Vorsorge für Einzelkreditrisiken im Kundenkreditgeschäft. Die Risikovorsorgeaufwendungen im Kundenkreditgeschäft stiegen gegenüber dem Vorjahr absolut um 13,7 Mio. EUR (+45,7 %) auf 43,7 Mio. EUR und lagen damit leicht über dem Planwert. Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft war per saldo positiv. 2009 waren nur noch geringe Abschreibungen für Papiere des Anlagevermögens vorzunehmen. Zur Vermeidung von Ergebnisschwankungen haben wir bei Wertpapieren des Anlagevermögens, soweit die Kursrückgänge nach unserer Einschätzung nur vorübergehend sind – wie 2008 –, im Rahmen der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips auf Abschreibungen von 12,7 Mio. EUR (2008: 17,6 Mio. EUR) verzichtet. Des Weiteren haben wir Abschreibungen auf Beteiligungen vorgenommen.

Insgesamt tragen die Bewertungen im Wertpapier- und Kreditgeschäft allen erkennbaren Risiken ausreichend Rechnung. Die Aufwendungen und Erträge aus dem Bewertungsergebnis wurden gemäß § 340 c Abs. 2 HGB und § 33 RechKredV saldiert.

Nach Zuführungen zu den Vorsorgereserven nach § 340 f HGB und Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB steht der verbleibende Bilanzgewinn zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zur Verfügung.

Vermögenslage

Eigenkapitalausstattung

Eigenmittel gemäß Solvabilitätsverordnung (in Mio. EUR)



Die **Sicherheitsrücklage** der Naspa beläuft sich auf 478,8 Mio. EUR. Im Jahr 2008 wurden 100 Mio. EUR der Sicherheitsrücklage nach Maßgabe des Hessischen Sparkassengesetzes in Stammkapital umgewandelt. Zusammen mit den stillen Einlagen und dem Ergänzungskapital, das sich zum Bilanzstichtag aus den Vorsorgereserven entsprechend § 340 f HGB, dem Genussrechtskapital sowie den nachrangigen Verbindlichkeiten zusammensetzt, und den anrechenbaren genutzten Drittrangmitteln betragen die Eigenmittel gemäß § 10 KWG i. V. m. § 2 SolV rd. 924 Mio. EUR. Der Rückgang der Eigenmittel gegenüber dem Vorjahr resultiert aus Fälligkeiten im Bereich des Ergänzungskapitals und der Teilauflösung der Reserve nach § 340 f HGB im Vorjahr. Höhere Eigenkapitalanforderungen ergaben sich im Zusammenhang mit der Nachhaftung aus dem Verkauf der Beteiligung Naspa Dublin. Insgesamt beläuft sich die Kernkapitalquote auf 8,7 % und die Gesamtkennziffer auf 12,2 %. Die Anforderungen der Solvabilitätsverordnung sind erfüllt.

Die Vermögenslage der Nassauischen Sparkasse ist geordnet.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Naspa war jederzeit gegeben. Die zur Verfügung stehenden Kreditlinien wurden in Einzelfällen dispositionsbedingt in Anspruch genommen. Im Berichtsjahr bestand keine Notwendigkeit, das Angebot der Deutschen Bundesbank zu nutzen und Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen. Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen der LiqV wurden im Berichtsjahr eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Gesamtbeurteilung

In allen Kundengeschäftsfeldern hat die Wettbewerbsintensität auch 2009 weiter zugenommen. Bei den Kundenbeständen konnte eine weitere Stabilisierung der Margen erreicht werden. Höhere Erträge aus dem Strukturbeitrag der Eigengeschäfte führten zu einer Verbesserung des Zinsüberschusses. Aufgrund gesteigerter Dienstleistungsumsätze konnte das durch einen Einmaleffekt beeinflusste Provisionsergebnis des Vorjahres nahezu erreicht werden. Die Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen auf Sachanlagen verminderten sich als Folge eines Sondereffektes und eingeleiteter Maßnahmen um rd. 17 Mio. EUR (-7,6 %). Das aufgrund der vorgenannten Maßnahmen und Rahmenbedingungen erzielte Betriebsergebnis liegt über unseren Erwartungen. Die Cost-Income-Ratio sank auf 68,3 %.

Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Vorsorge für Einzelkreditrisiken im Kundenkreditgeschäft erhöht. Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft war per saldo insgesamt positiv. Des Weiteren wurden Abschreibungen auf Beteiligungen vorgenommen.

Das gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhte Betriebsergebnis nach Bewertung liegt über unseren Erwartungen.

Nachtragsbericht

Neben werterhellenden für den Jahresabschluss 2009 zu berücksichtigenden Sachverhalten sind nach Schluss des Geschäftsjahres 2009 keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Naspa im Geschäftsjahr 2009 haben.

Risikobericht

Grundlagen des Risikomanagements

Zum Bankgeschäft gehört zu einem wesentlichen Teil das Eingehen von Risiken. Dies geschieht nach den geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Naspa. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) am 14. August 2009 veröffentlichte Neufassung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) war auch 2009 die Basis für alle methodisch-konzeptionellen Weiterentwicklungen im Risikomanagement der Naspa.

Die auf § 25 a Kreditwesengesetz (KWG) basierenden MaRisk umfassen die Festlegung geeigneter Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken, die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Implementierung angemessener interner Kontrollverfahren. Letztere besteht aus Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation und Prozessen zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken (Risikosteuerungs- und -controllingprozesse). Daneben haben wir risikostrategische Grundsätze festgelegt.

Die gesetzlichen sowie aufsichts- und sparkassenrechtlichen Bestimmungen stellen die Rahmenbedingungen für das Risikomanagement dar.

Ziel des Risikomanagements

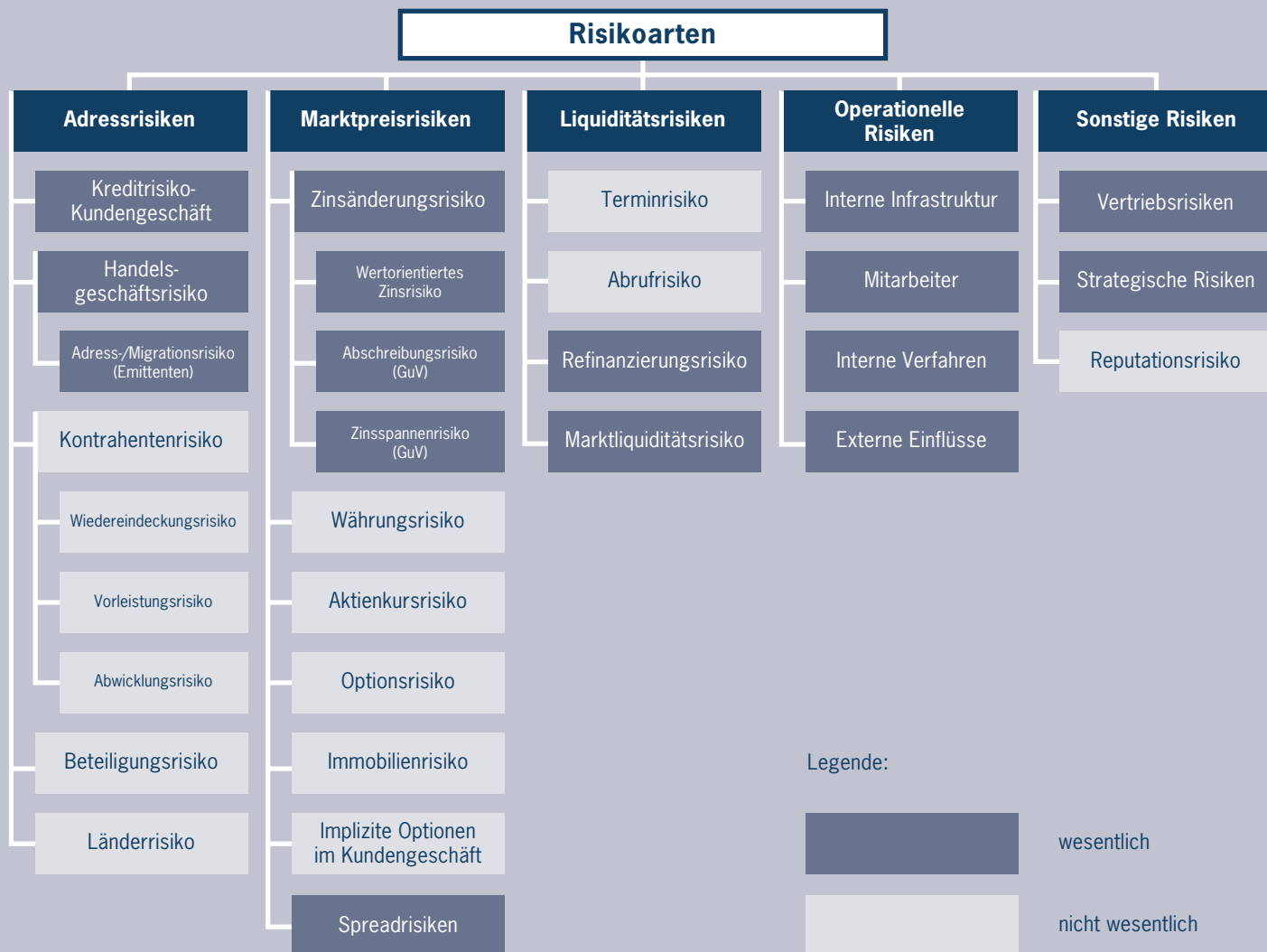
Zu jeder Zeit ist sicherzustellen, dass die Risikotragfähigkeit der Naspa gegeben ist. Das Risikomanagement orientiert sich am Ziel eines geordneten Unternehmensfortbestands („Going Concern“). Risiken werden bewusst und kalkuliert eingegangen, um Chancen zu nutzen. Die Steuerung der Naspa erfolgt im Rahmen eines ökonomischen Steuerungskreises, eines GuV-orientierten Steuerungskreises und eines aufsichtsrechtlichen Steuerungskreises. Ziel ist die primäre Steuerung nach ökonomischen Größen, wobei das Aufsichtsrecht und die GuV-Steuerung Nebenbedingungen vorgeben, die streng einzuhalten sind.

Aufgrund unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und der Auswirkungen der Finanzmarktkrise ist der GuV-Steuerungskreis derzeit von besonderer Bedeutung. Als GuV-Risikodeckungspotenzial stehen neben dem geplanten Ergebnis die Reserven gemäß § 340 f HGB sowie die nicht zur Unterlegung der Risikoaktiva benötigten Teile des Kernkapitals zur Verfügung. Ausgangspunkt für die ökonomische Steuerung ist die Allokation des ökonomischen Kapitals anhand von wertorientierten Steuerungsgrundsätzen unter Berücksichtigung auch der überwiegend nicht kurzfristig steuerbaren Risiken im Kundenkreditgeschäft, den Beteiligungen und den Operationellen Risiken. Das Gesamtbanklimitsystem ist ein zentrales Instrument zur Umsetzung der risikostrategischen Ausrichtung der Gesamtbank.

Risikoverständnis

Unter dem Begriff „Risiko“ verstehen wir eine Verlust- oder Schadensgefahr, die dadurch entsteht, dass eine erwartete zukünftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant. In jedem Fall ist damit ein Ertragsverlust bzw. eine Vermögensminderung verbunden. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Vermögens wird grundsätzlich nicht als Risiko angesehen („enger Risikobegriff“).

Entsprechend den Anforderungen der MaRisk (AT 2.2) haben wir für unsere Sparkasse die folgenden wesentlichen Risiken identifiziert:



Diese als wesentlich definierten Risiken finden im Risikomanagement der Naspa grundsätzlich Berücksichtigung. Auch für die nicht als wesentlich definierten Risiken verfügen wir über angemessene Steuerungsinstrumente.

Der Begriff des **Adressrisikos** ist im Sinne eines Bonitätsrisikos zu verstehen, d. h., es wird das Risiko einer möglichen Bonitätsverschlechterung mit dem Spezialfall des Ausfalls des Vertragspartners betrachtet. Die Unterteilung des Adressrisikos erfolgt nach den betroffenen Produktgruppen, wobei Krediten das klassische Kreditrisiko, Derivaten das Kontrahentenrisiko und Wertpapieren das Emittentenrisiko zugeordnet wird. Zusätzlich umfasst das Adressrisiko auch Länder- und Beteiligungsrisiken.

Das **Marktpreisrisiko** bezeichnet potenzielle Verluste, die aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze (Zinsänderungsrisiko), der Wechselkurse (Währungsrisiko), der Aktienkurse, Indizes und Fondspreise (Aktienkursrisiko), der Optionspreise (Optionsrisiko), der Immobilienpreise (Immobilienrisiko), den Risiken impliziter Optionen im Kundengeschäft sowie den Risiken aus Ergebnisschwankungen aufgrund sonstiger Einflussfaktoren (Spreadrisiken) entstehen können.

Das **Liquiditätsrisiko** bezeichnet die aktuelle oder zukünftige Gefahr, dass das Institut zahlungsunfähig (illiquide) wird, also seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Die Naspa ist zahlungsfähig, wenn innerhalb einer Betrachtungsperiode der Anfangsbestand an Zahlungsmitteln und die eingehenden Zahlungsströme die ausgehenden Zahlungsströme übersteigen.

Das **Operationelle Risiko** stellt die Gefahr von Verlusten dar, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens der internen Infrastruktur, von Mitarbeitern, von internen Verfahren oder infolge externer Einflüsse eintreten. Darüber hinaus deckt diese Definition Rechtsrisiken ab; strategische Risiken sowie Reputationsrisiken sind nicht enthalten.

Alle Risiken, die sich den Liquiditätsrisiken, Marktpreisrisiken, Adressrisiken sowie den Operationellen Risiken nicht bzw. nicht eindeutig zuordnen lassen, stellen so genannte **Sonstige Risiken** dar. Dazu gehören insbesondere Strategische Risiken, Vertriebsrisiken sowie Reputationsrisiken. Vertriebsrisiken und Strategische Risiken werden als wesentlich angesehen.

Vertriebsrisiken bezeichnen die Gefahr, dass Produkte und Dienstleistungen nicht oder nicht mehr zu den erwarteten Preisen abgesetzt bzw. nachgefragt werden. **Strategische Risiken** bezeichnen die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Sparkasse.

Risikotragfähigkeit

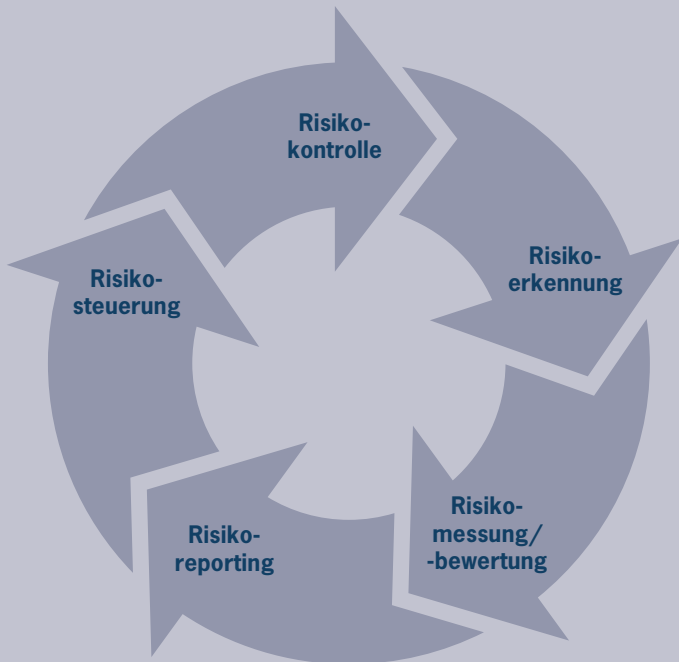
Unter dem Begriff der Risikotragfähigkeit verstehen wir eine angemessene Ausstattung mit Risikodeckungspotenzial im Verhältnis zu den vorhandenen Risiken. Dadurch stellen wir sicher, dass die Risiken jederzeit auf ein für die Naspa als vertretbar eingeschätztes Maß begrenzt sind. Ziel ist es, die Risikotragfähigkeit nachhaltig sicherzustellen. Dies wird dann erreicht, wenn das vorhandene Risikodeckungspotenzial zu jedem Zeitpunkt mit angemessener Wahrscheinlichkeit größer ist als die eingegangenen Risiken. Aufgrund unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und der Auswirkungen der Finanzmarktkrise ist der GuV-Steuerungskreis derzeit von besonderer Bedeutung. Wir haben die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit mithilfe eines gesamtbankweiten Limitsystems in unser internes Risikomanagement integriert. Alle wesentlichen Risiken werden im Steuerungskonzept berücksichtigt.

Insgesamt wird zwischen drei verschiedenen Perspektiven unterschieden: dem ökonomischen Steuerungskreis, dem GuV-orientierten Steuerungskreis und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen (SolV, LiqV). Darüber hinaus wird die Risikosituation auch von Seiten des Verbundes im Rahmen des Risikomonitorings des DSGV und SGVHT beurteilt.

Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess der Naspa baut auf einem umfassenden Instrumentarium zur Risikoerkennung, zur Risikomessung und -bewertung, zum Risikoreporting, zur Risikosteuerung und zur Risikokontrolle auf. Die angewandten Methoden und Instrumente umfassen damit alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken und werden fortlaufend nach betriebswirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Kriterien weiterentwickelt.

Als dauerhafter, kontinuierlicher Prozess kann der Risikomanagementprozess in Form des folgenden Regelkreises dargestellt werden.



Effektives Risikomanagement, d. h. die rechtzeitige, angemessene und effiziente Reaktion auf unerwünschte Entwicklungen bzw. deren Vermeidung, erfordert detaillierte Kenntnisse der Risiken aller Geschäftsaktivitäten. Ziel der **Risikoerkennung** ist somit die strukturierte Erfassung der wesentlichen Risiken und Risikobereiche. Besonders vor der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Produktvarianten oder auf neuen Märkten sind eine umfassende Risikoidentifikation und eine angemessene Einbindung in die Systeme erforderlich.

Bei der **Risikomessung und -bewertung** werden die konkreten Verlust- bzw. Vermögensminderungspotenziale entsprechend den risikoartenspezifischen Quantifizierungsverfahren ermittelt und mit den festgelegten Limiten abgeglichen.

Das **Risikoreporting** verfolgt als Zielsetzung die Aufbereitung, Verdichtung und Kanalisierung der Daten aus der Risikomessung in Form eines systematischen internen Risikoreportings. Ein zentrales Element sind dabei die Risikoberichte, die den Gesamtvorstand regelmäßig über die Risikosituation informieren.

Im Rahmen der **Risikosteuerung** werden für die identifizierten und bewerteten Risikopositionen entsprechende Steuerungsmaßnahmen abgeleitet. Risiken können dazu grundsätzlich akzeptiert, verringert, begrenzt, vermieden oder übertragen werden. Dabei ist

die Steuerung der Geschäftsaktivitäten unter Berücksichtigung ihrer Risiko-Ertrags-Relation von elementarer Bedeutung.

Im Rahmen der prozessabhängigen **Risikokontrolle** werden die durchgeführten Steuerungsmaßnahmen hinsichtlich ihrer Effizienz und Effektivität mittels Abweichungsanalyse überprüft und ggf. erneute Handlungen im Risikomanagementprozess veranlasst.

Risikomanagementorganisation

Der **Gesamtvorstand** ist für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und ihre Weiterentwicklung verantwortlich. Diese Verantwortung bezieht sich auch auf ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Sie umfasst die Festlegung angemessener Strategien und die Einrichtung angemessener Kontrollverfahren und somit die Verantwortung für alle wesentlichen Elemente des Risikomanagementprozesses. Da der Gesamtvorstand diese Aufgabe jedoch nicht in vollem Umfang selbst wahrnehmen kann, hat er durch Zielvorgaben und Aufgabendelegation sicherzustellen, dass ein adäquates Risikomanagement im Unternehmen besteht. Bei der Naspa ist das Risikomanagement so gestaltet, dass die erforderlichen Funktionstrennungen zwischen Risikosteuerung und Risikocontrolling bis hin zur Vorstandsebene auch für den Vertretungsfall in der jeweils vom Vorstand verabschiedeten Geschäftsverteilung gewährleistet sind.

Der **Verwaltungsrat** oder seine gemäß Geschäftsordnung gebildeten Ausschüsse werden mindestens vierteljährlich über die Risikosituation schriftlich informiert. Darüber hinaus werden dem Verwaltungsrat die Geschäftsstrategie, die Risikostrategie sowie die Teilrisikostrategien zur Kenntnis gegeben und erörtert.

Die **Risikosteuerung** hat die Aufgabe, die im Rahmen der Risikoerkennung und Risikoanalyse ermittelten Risiken durch entsprechende Maßnahmen aktiv zu beeinflussen. Die adäquate Steuerung setzt voraus, dass der Verantwortliche kontinuierlich über die Risikosituation informiert ist und die eingeleiteten Risikomaßnahmen kommuniziert. Über die erforderlichen Maßnahmen wird individuell entschieden. Die Verantwortlichkeit für alle operativen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Risikosteuerung obliegt in der Naspa den jeweiligen geschäftsfeldverantwortlichen Fachbereichen.

Das **Risikocontrolling** ist als Bestandteil des Risikomanagementprozesses die zwingende Voraussetzung für eine sachgerechte Analyse und Beurteilung von Risiken. Das Risikocontrolling verfolgt

das Ziel, die Risiken zu überwachen sowie die Planung zielorientiert an veränderte Bedingungen anzupassen. Der Zentralbereich Gesamtbanksteuerung (Fachbereich Risikocontrolling) ist in der Naspa für das Risikocontrolling zuständig. Ihm obliegt die Methodenkompetenz zur Ausgestaltung der einzusetzenden Verfahren für die Erkennung, die Messung und Beurteilung, das Reporting, die Steuerung und die Kontrolle der Risiken.

Die Berücksichtigung der Naspa Dublin in der Risikostrategie sowie in den Teilrisikostrategien als auch in den Risikoberichterstattungen an den Vorstand erfolgte aus Vorsichtsgründen bis zur Wirksamkeit des dinglichen Vollzugs der Veräußerung an den SGVHT. Seit dem dinglichen Vollzug am 29. Mai 2009 werden die gemäß den vertraglichen Grundlagen bei der Naspa verbleibenden Adressenausfallrisiken entsprechend berücksichtigt.

Die **Interne Revision** ist ein von den zu prüfenden Organisationseinheiten und Prozessen unabhängiges Instrument des Vorstands, ihm unmittelbar unterstellt und berichtspflichtig. Sie überwacht risikoorientiert als unabhängiger unternehmensinterner Bereich die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Basis für die Tätigkeit der Internen Revision sind die geschäftspolitischen Grundsätze, Ziele und Strategien des Vorstands. Sie nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Grundlage der Prüfungshandlungen durch die Interne Revision sind die MaRisk sowie die Geschäftsanweisung für die Interne Revision. Sie prüft und beurteilt insbesondere die Angemessenheit und Wirksamkeit der Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollaktivitäten, die der Erfüllung der Anforderungen an das Risikomanagement nach § 25 a KWG dienen. Darüber hinaus prüft und beurteilt sie die vollständige und zweckmäßige Umsetzung der durch den Vorstand verabschiedeten Strategien und Zielsetzungen sowie die Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems.

Die Risikoarten im Einzelnen

Adressrisiken

Die wesentlichen Ziele des Adressrisikomanagements sind in der Teilrisikostrategie Adressrisiken festgelegt. Für 2009 hatten wir – wie in den Vorjahren – die weitere Erhöhung der Transparenz für die Risikobeurteilung mittels der Einführung von Risikoklassifizierungsverfahren auf Gesamtbankebene als ein wesentliches Ziel definiert. Darüber hinaus war die sukzessive Reduzierung der Adressenausfallrisiken – vorrangig in Geschäftsfeldern mit ungünstiger Risiko-Ertrags-Relation – ein Hauptziel für das Jahr 2009.

Abhängig von Kundenbonität und Besicherung hat sich die Naspa engagementbezogene Obergrenzen auferlegt. Daneben sind Obergrenzen für den Handelsbereich festgelegt. Überschreitungen der Obergrenzen werden überwacht.

Die Kreditbewilligungskompetenzen sind neben einer größen- und sicherheitenabhängigen Kompetenzstufe so ausgerichtet, dass ab einem bestimmten Rating der nächsthöhere Kompetenzträger über das Engagement entscheidet.

Zur Risikoklassifizierung des Kundenkreditgeschäftes setzen wir grundsätzlich die von der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH für die S-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Dabei handelt es sich um mathematisch-statistische Beschreibungsmodelle, die ausfallrelevante Merkmalsausprägungen eines Kreditnehmers in eine Bonitätsaussage (Ratingnote, Ausfallwahrscheinlichkeit) transformieren.

Am 31. Dezember 2009 ergab sich für das Kundenkreditportfolio (einschließlich Kreditzusagen) in Höhe von rd. 9,8 Mrd. EUR (2008: 10,0 Mrd. EUR) folgende Struktur:

Rating- klassen	1-9	10-12	13-15	16-18	ohne Rating
Definition	kein erkennbares oder geringes Bonitätsrisiko	erhöhtes Bonitätsrisiko, aber akzeptabel	stark problem-behaftete Engagements	unwahrscheinliche Rückzahlung, 90 Tage Verzug, Risikovorsorge gebildet, Vergleich, Insolvenz	es liegt kein internes Ratingverfahren vor (z. B. bei Forderungen an Kommunen)
Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01-2,00	3,00-6,70	10,00-20,00		
Anteile am Kundenkreditvolumen in %	81,3	8,0	4,0	4,7	2,0
Zum Vergleich: 31.12.08	79,4	8,4	4,5	4,3	3,4

Zur Früherkennung von Kreditrisiken auf Einzelkundenebene wird auf Basis unterschiedlicher Risikokriterien ein Frühwarnverfahren eingesetzt. Für die dort ermittelten erhöht risikobehafteten Engagements werden individuelle Maßnahmen zur Verringerung des Risikos eingeleitet und zentral überwacht.

Prognosen zur Einzelrisikovorsorge für akute Ausfallrisiken werden monatlich erstellt. Stark problembehaftete Engagements werden ab einer bestimmten Größenordnung im Zentralbereich „Kreditmanagement“ betreut.

Zur Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene haben wir im Jahr 2009 Credit Portfolio View (CPV) eingesetzt. Anhand dieses Modells sind wir in der Lage, sowohl erwartete als auch unerwartete Verluste im Kreditgeschäft zu errechnen.

Die Risikoabschirmung im risikobehafteten Kundenkreditgeschäft der Naspas umfasst Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen von 206,3 Mio. EUR = 2,4 % (Vorjahr: 201,5 Mio. EUR = 2,4 %) des Kundenkreditvolumens. Hiervon entfielen rund zwei Drittel auf Firmenkunden und rund ein Drittel auf Privatkunden. Die Zuführungen zur Risikovorsorge im Firmenkundenbereich erhöhten sich um 159 %. Im Privatkundenbereich kam es im Berichtsjahr zu einer Reduzierung um 61 %. Den erkennbaren Risiken wird ausreichend Rechnung getragen.

Die Adressenausfallrisiken im Handelsgeschäft werden u. a. auf Basis externer Ratings gesteuert und auf Portfolioebene überwacht. Im ersten Halbjahr 2009 wurde hierfür noch das Gordy-Kreditrisikomodell eingesetzt. Seit Anfang Juli 2009 wird für die Portfolioüberwachung ein CreditMetrics-Ansatz mithilfe der DV-Anwendung GCPM verwendet. Nach unseren internen Regelungen werden grundsätzlich nur Anlagen im Investment-Grade-Bereich getätigt.

Die **Länderrisiken** werden nach einem Länderrating gesteuert, das auf den Ratingsystemen von Moody's und Standard & Poor's basiert. Die Naspas tätigt grundsätzlich nur Geschäfte mit Kontrahenten bzw. Emittenten mit Sitz in einem Land, das mit mindestens A- beurteilt wurde. Geschäfte mit Partnern aus Ländern, die ein schlechteres Länderrating haben, sind grundsätzlich nicht zulässig.

Marktpreisrisiken

Alle wesentlichen Aussagen zur Steuerung der Marktpreisrisiken sind in der Teilrisikostategie Marktpreisrisiken festgelegt.

Zur **Messung** von Marktpreisrisiken setzen wir verschiedene Risikomessverfahren ein. Die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden grundsätzlich mithilfe des Verfahrens der historischen Simulation ermittelt. Zur Ermittlung der Marktpreisrisiken bei den Handelsgeschäften wird ein Value-at-Risk-Ansatz angewandt, der auf einer einheitlichen Haltedauer von zehn Tagen und einem einseitigen Konfidenzintervall von 95 % in allen Handelsbereichen basiert. Zum 31. Dezember 2009 ermitteln sich auf dieser Grundlage Marktpreisrisiken von 12,7 Mio. EUR nach 14,8 Mio. EUR im Vorjahr (darunter Handelsbuch 17 TEUR; Vorjahr: 98 TEUR). Bei der Ermittlung der Risikowerte haben wir berücksichtigt, dass bei den Wertpapieren des Anlagevermögens Niederstwertabschreibungen nur bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen werden.

Seit Anfang Juli 2009 erfolgt eine Quantifizierung von Spreadrisiken auf Basis eines analytischen Verfahrens mithilfe der DV-Anwendung GCPM, die Ergebnisse werden in den jeweiligen Steuerungskreisen entsprechend berücksichtigt.

Zinsänderungsrisiken

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken erfolgt für die wertorientierte Sicht mithilfe des Verfahrens der historischen Simulation und für die periodische Sicht mithilfe von Szenarioanalysen. Für die wertorientierte Zinsbuchsteuerung verfolgen wir dabei für das gesamte zinstragende Geschäft – das auch die zur Steuerung der Festzinspositionen und zur Sicherung der Zinsmarge abgeschlossenen Payer- und Receiverswaps beinhaltet – einen passiven Managementansatz. Dazu haben wir eine effiziente Benchmark festgelegt, deren Cashflowstruktur und Risiko als Vorbild für die Modellierung des Gesamtbankcashflows dient.

Das GuV-wirksame Zinsänderungsrisiko (Zinsspannenrisiko) wird für die Naspa auf Basis einer vollständigen Simulation, d. h. einer Kombination aus Zinsszenarien und Geschäftsstrukturszenarien, im monatlichen Rhythmus analytisch ermittelt. Zum 31. Dezember 2009 betrug das so ermittelte Zinsspannenrisiko auf Sicht von zwölf Monaten im 95 % Konfidenzintervall 20,9 Mio. EUR (Ende 2008: 9,6 Mio. EUR).

Die **Steuerung der Risiken** aus dem Zinsbuch erfolgt primär unter wertorientierten Gesichtspunkten auf Basis eines aus der Benchmark abgeleiteten Risikolimits. Zur operativen Steuerung bzw. Begrenzung der Risiken aus Handelsgeschäften dient aktuell ein System von Verlustobergrenzen und Volumensbegrenzungen (Kontingenten). Daneben ist für alle Marktpreisrisiken innerhalb des ökonomischen Steuerungskreises ein Gesamtbanklimit abgeleitet, dessen Einhaltung regelmäßig überwacht wird.

Liquiditätsrisiken

Alle wesentlichen Aussagen zur Steuerung der Liquiditätsrisiken sind in der Teilrisikostategie Liquiditätsrisiken festgelegt. Für die **Messung** und **Steuerung** der Liquiditätsrisiken orientiert sich die Naspa an der Liquiditätskennzahl (LK) gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV). Dafür werden Schwellenwerte und Ziele definiert. Die Schwellenwerte führen zu einer internen Einstufung des Liquiditätsrisikos in einen grünen, gelben oder roten Bereich. Zur Identifizierung potenzieller Liquiditätsengpässe führt die Sparkasse vierteljährlich Szenariobetrachtungen mittels der DV-Anwendung LiMa durch, in denen die Auswirkungen bestimmter Ereignisse auf die erwarteten Mittelzu- und/oder -abflüsse auf die Kennzahlen nach der LiqV im Risikofall und bei außergewöhnlichen Ereignissen (Extremfall) ermittelt werden.

Ziel ist es, dass sich die Liquiditätskennzahl für die Naspa im grünen Bereich befindet. Wird eine Liquiditätskennzahl im gelben oder im roten Bereich ermittelt, müssen die Ursachen analysiert werden, die zu dem Engpass geführt haben. Im roten Bereich sind unverzüglich Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung einzuleiten und es ist ein Ad-hoc-Risikobericht zu erstellen.

Die Kennziffer, die das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den Zahlungsverpflichtungen in einem Fälligkeitszeitraum von einem Tag bis zu einem Monat angibt, stellte sich bei einer Mindestanforderung von 1,0 zum Quartalsende gemäß der Meldung an die Deutsche Bundesbank wie folgt dar:

Liquiditätskennziffer gemäß Meldung nach LiqV				
31.12.2008	31.03.2009	30.06.2009	30.09.2009	31.12.2009
1,98	2,03	1,93	1,62	2,03

Als Erweiterung zur Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsverordnung wurde im II. Quartal 2009 die Liquiditätsablaufbilanz zur Darstellung der Liquiditätsposition implementiert (Zeithorizont: 10 Jahre). Diese Liquiditätsbetrachtung stellt das Refinanzierungsrisiko (hier: Risiko der Verteuerung) in den Mittelpunkt. Das Liquiditätskostenrisiko besteht darin, dass künftige Refinanzierungen nur zu einem höheren Aufschlag (Verschlechterung der eigenen Bonität) erfolgen können.

Konzentrationen in Liquiditätsrisiken resultieren aus der unzureichenden Diversifikation von Refinanzierungsquellen bzw. Kapitalgebern, die der Sparkasse Liquidität zur Verfügung stellen können. Für die Analyse von Risikokonzentrationen wird neben der qualitativen Bewertung auch eine Quantifizierung mittels Gini-Koeffizient und Herfindahl-Hirschman-Index vorgenommen.

Operationelle Risiken

Alle wesentlichen Aussagen zur Steuerung der Operationellen Risiken sind in der Teilrisikostategie Operationelle Risiken festgelegt. Für die **Bewertung** der Operationellen Risiken werden die Daten aus der Schadensfalldatenbank (Ex-post-Schäden) sowie die geschätzten Daten aus der Risikolandkarte (Ex-ante-Risiken) verglichen. Zusätzlich werden die institutseigenen Daten mit den Daten aus dem Datenpooling des DSGVO verglichen, um ggf. Risikokonzentrationen in bestimmten Geschäftsfeldern zu identifizieren.

Auf Basis der erkannten und bewerteten Risiken erfolgt die **Risiko-steuerung**. Die Verantwortung hierfür liegt grundsätzlich bei den zentralen und dezentralen Organisationseinheiten. Die Risiko-steuerung umfasst Maßnahmen zur Akzeptanz, zur Minderung, zum Transfer sowie zur Vermeidung von Operationellen Risiken. Zur Vermeidung Operationeller Risiken hat die Naspa u. a. im Rahmen des internen Kontrollsystems aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen zur technisch-organisatorischen sowie personellen Ausstattung getroffen und Notfallkonzepte erstellt.

Umfang und Qualität der technisch-organisatorischen Ausstattung haben sich an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie der Risikosituation der Napa zu orientieren. Zunehmend ermöglicht die IT, Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten. Dem gegenüber stehen jedoch auch Risiken, wie die Abhängigkeiten von IT-Anwendungen und IT-Infrastrukturen oder bei Einführung neuer IT-Systeme bzw. bei DV-Restrukturierungsmaßnahmen. Um diese Risiken zu vermeiden, wurde innerhalb der Naspa eine entsprechende IT-Strategie verabschiedet, die diesen Anforderungen Rechnung trägt.

Zur Sicherstellung der personellen Ausstattung gelten personalpolitische Grundsätze, die u. a. zum Ziel haben, die quantitative und qualitative Personalausstattung betriebsinternen Erfordernissen, den verfolgten Geschäftsaktivitäten und der Risikosituation entsprechend auszurichten. Für Mitarbeiter, deren Stellung dies erfordert, sind Regelungen für den Vertretungsfall getroffen, die eine reibungslose Fortführung der Betriebsabläufe garantieren. Die Vergütungs- und Anreizsysteme der Naspa werden an den in der Geschäfts- und der Risikostrategie niedergelegten Zielsetzungen ausgerichtet.

Potenziellen Notfällen bei zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen wird mit einem Notfallkonzept Rechnung getragen. Die Wirksamkeit und Angemessenheit des Notfallkonzeptes wird regelmäßig durch Notfalltests überprüft.

Das Notfallhandbuch ist ein zentraler Bestandteil der Konzepte der Naspa zur IT-Sicherheit. Die Wirksamkeit und Funktion aller Notfallvorsorgemaßnahmen und Notfallpläne wird in einem jährlichen Turnus in Form von Notfallübungen inklusive deren Dokumentation überprüft und darüber hinaus turnusmäßig einer Prüfung durch die IT-Revision unterzogen.

Auch in der Gesamtbanksteuerung werden Operationelle Risiken bei der Betrachtung der Risikotragfähigkeit sowohl im GuV- als auch im ökonomischen Steuerungskreis berücksichtigt. Seit dem III. Quartal 2009 werden zur Quantifizierung von Operationellen Risiken ein Value-at-Risk (OpVaR) sowie ein Expected Loss (EL) nach dem Ambitionierten Messansatz (AMA) berechnet. Basen dafür bilden interne und externe Verlustdaten sowie Szenarien.

Vertriebsrisiken

Vertriebsrisiken werden ebenfalls als wesentliche Risiken innerhalb der Naspa definiert. Die Wesentlichkeit dieser Risikoart liegt in dem Ergebnisbeitrag des Vertriebs begründet, der durch die Aufgaben der Nassauischen Sparkasse determiniert wird.

Der Vertrieb und die damit einhergehenden Vertriebsrisiken sind Gegenstand der Geschäftsstrategie. Für die Vertriebsrisiken wird daher auf die Erstellung einer eigenen Teilrisikostrategie verzichtet. Die Verantwortlichkeiten in Anlehnung an die einzelnen Risiko-steuerungs- und Controllingprozesse sind in den Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation verankert.

Vertriebsrisiken werden bei der GuV-Risikotragfähigkeit in den jeweiligen GuV-Posten bzw. durch pauschale Puffer berücksichtigt.

Für die operative Steuerung der Vertriebsrisiken sind zwei Zentralbereiche getrennt nach Firmenkunden und Privatkunden verantwortlich. Ihre Aufgabe ist die Analyse der Vertriebsergebnisse und ggf. die Vereinbarung von Maßnahmen zur Angleichung an die Ziele sowie deren Kontrolle.

Dem Vorstand wird im monatlichen Turnus anhand eines Soll-Ist-Abgleichs über die Geschäftsentwicklung, die u. a. Ergebnisprognose, Bestandsentwicklung und Absatzzahlen (Neugeschäft) beinhaltet, berichtet.

Strategische Risiken

Strategische Risiken bezeichnen die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Sparkasse.

Strategische Risiken werden in anderen Risikoarten (z. B. Adressrisiken, Marktpreisrisiken) mittelbar identifiziert und beeinflussen u. U. die Risikoneigung des Vorstandes und damit die Höhe des Risikopuffers bzw. die Bereitschaft, Risikodeckungspotenzial für das Eingehen von Risiken bereitzustellen. Durch eine intensive Vorbereitung und Diskussion strategischer Entscheidungen wird strategischen Risiken Rechnung getragen.

Eine regelmäßige Kontrolle der Umsetzung der Geschäftsstrategie stellt sicher, dass die Strategie in der Organisation und der operativen Geschäftstätigkeit verankert ist.

Risiken der Gesamtbank

Alle wesentlichen Risiken werden sowohl im ökonomischen als auch im GuV-Steuerungskreis zu einem Gesamtbankrisiko aggregiert. Zentrale interne Steuerungsgröße ist dabei das ökonomische Eigenkapital, das die innerhalb eines Jahres aggregierten, unerwarteten Verluste (Risikopotenzial) mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % (Konfidenzniveau) abdeckt. Im Zuge der Weiterentwicklung der Steuerungskreise wurde ab Januar 2010 das Konfidenzniveau von 99,9 % auf 99 % reduziert. Die Bewertung der Risiken erfolgt methodisch konsistent auf Basis eines Value-at-Risk-Ansatzes.

Die GuV-Risiken werden je GuV-Posten als negative Abweichung von den Ergebniskomponenten der Planung gemessen. Dabei haben wir, sofern entsprechende Modelle vorhanden sind, ein Konfidenzniveau von 95 % zugrunde gelegt, ansonsten eine Expertenschätzung vorgenommen. Die Addition der GuV-Risiken aller Ergebniskomponenten ergibt das Gesamtbankrisiko. Aufgrund des Vorsichtsprinzips und der nicht exakt bestimmbareren Wechselwirkungen werden Diversifikationseffekte zwischen den Risiken nicht berücksichtigt. Die GuV-Risikotragfähigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. Dies resultiert insbesondere aus dem Rückgang der Adressrisiken im Zuge der höheren Transparenz durch Einführung des Kreditrisikomodells CPV sowie der Zuführung zu den Vorsorgereserven nach § 340 f HGB und der Stärkung der Sicherheitsrücklage.

Die Einbeziehung der Tochtergesellschaften in den Risikomanagementprozess erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Wesentlichkeit der Risiken in den einzelnen Tochtergesellschaften in einer abgestuften Systematik. Ungeachtet der Einbindung der Unternehmen in den Risikomanagementprozess der Naspa sind von den Tochtergesellschaften die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben für das Risikomanagement zu beachten.

Prognosebericht 2010

Die Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die konjunkturelle Entwicklung lassen ein moderates Wachstum der Wirtschaft des Eurogebiets im Jahr 2010 erwarten. Der Sachverständigenrat prognostiziert für 2010 eine leichte Erholung mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,6 %. Allerdings bestehen nach wie vor Unsicherheiten für die wirtschaftliche Erholung.

Vor diesem Hintergrund erwarten wir in diesem Jahr ein moderates Wachstum in unserem Kundenkreditgeschäft. Bei den Eigenanlagen werden wir Fälligkeiten nicht prolongieren, sondern soweit möglich zum Abbau von entsprechenden Refinanzierungsmitteln verwenden. Die Bestände der Kundeneinlagen werden sich nach unserer Planung gegenüber dem Vorjahr positiv entwickeln. Die geplanten Bestandsausweitungen und die auf niedrigem Niveau stabilen Margen führen in der Planung zu einem Anstieg des Zinsüberschusses im Kunden-geschäft.

Durch die prognostizierte Zinsstrukturkurve wird sich der geplante Strukturbeitrag der Eigengeschäfte ausweiten. Wir gehen insgesamt von einem Anstieg des Zinsüberschusses in 2010 aus.

Im Dienstleistungsgeschäft rechnen wir aufgrund einer spürbaren Erholung der Finanzmärkte mit einer weiteren Ausweitung der Erträge gegenüber dem Vorjahr. Besonders der Absatz im Versicherungs- und Bausparbereich wird sich weiter positiv entwickeln. Zusätzlich lassen die Entwicklungen an den Finanzmärkten einen Anstieg der Erträge im Wertpapierkommissionsgeschäft erwarten.

Die Verwaltungsaufwendungen werden sich gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Der Personalaufwand wird deutlich steigen. Dies resultiert aus den erwarteten moderaten Tarifsteigerungen und den erhöhten Zuführungen zu Pensionsrückstellungen aufgrund der Umstellung der Bilanzierungsvorschriften nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG). Dabei planen wir durch die Inanspruchnahme des Art. 67 EGHGB den Zuführungsbetrag aus der geänderten Bewertung der Pensionsrückstellungen auf 15 Jahre zu verteilen. Die Sachaufwendungen können durch Kostensenkungsmaßnahmen weiter reduziert werden. Ein besonderes Ziel liegt weiterhin in der nachhaltigen Begrenzung der Verwaltungsaufwendungen. Insgesamt erwarten wir im Geschäftsjahr 2010 ein leicht höheres Betriebsergebnis vor Bewertung. Dabei sind die Ergebnisse des Strategieprozesses „Naspa 2011“ in unsere Planung eingeflossen.

Das Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft wird nach unseren Erwartungen höher als im abgelaufenen Geschäftsjahr ausfallen. Grund hierfür sind die prognostizierten Folgewirkungen der Finanzmarktkrise auf die konjunkturelle Entwicklung. Beim Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft erwarten wir, dass es nach den positiven Ergebnissen im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht mehr zu weiteren Zuschreibungen kommt. Aufgrund der insgesamt höheren Bewertungsergebnisse wird das Betriebsergebnis nach Bewertung den Vorjahreswert nicht ganz erreichen.

Für 2011 rechnen wir mit leicht geringeren Wachstumsraten im Kundengeschäft sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite. Im Vergleich zum Jahr 2010 gehen wir von einer operativen Ertragskraft in nahezu gleicher Höhe aus. Der Zinsüberschuss wird sich nach unserer Erwartung gegenüber 2010 etwas reduzieren. Das Provisionsergebnis soll gegenüber 2010 leicht gesteigert werden. Ein besonderes Ziel liegt weiterhin in der nachhaltigen Begrenzung der Verwaltungsaufwendungen und der Risikovorsorgeaufwendungen. Insgesamt erwarten wir ein Betriebsergebnis nach Bewertung, das in etwa auf dem Niveau des Jahres 2010 liegt.

Gesamtaussage

Zusammenfassend sehen wir die Chancen in den Jahren 2010 und 2011 in einer weiter verbesserten Positionierung in unseren Kerngeschäftsfeldern. Ausgehend von der Umsetzung der Neuausrichtung im Marktengang aufgrund des Strategieprozesses „Naspa 2011“ haben wir insbesondere im Jahr 2010 das Ziel, mit der Realisierung der vorhandenen Kundenpotenziale fortzufahren. Eine spürbare Erholung der Finanzmärkte erhöht darüber hinaus die Chance auf einen deutlichen Anstieg der Provisionserträge im Dienstleistungsgeschäft. Aus der Umstellung der Bilanzierungsvorschriften für Pensionsverpflichtungen nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) wird der Ausweis der Verwaltungsaufwendungen belastet. Ein besonderes Ziel liegt daher in der nachhaltigen Begrenzung der Verwaltungsaufwendungen.

Risiken für das Erreichen der Ertragsziele ergeben sich dann, wenn sich das wirtschaftliche Umfeld oder die steuerlichen, rechtlichen bzw. aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen wesentlich verändern sollten. Eine erhebliche Beeinträchtigung des geplanten Ertragsverlaufes sehen wir bei einer deutlich schlechteren Konjunkturlaufentwicklung als erwartet mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Einzelrisikoversorge für Ausfallrisiken im Kreditgeschäft mit Kunden. Bei einer günstigeren Entwicklung ergeben sich entsprechende Chancen.

In einem Anstieg der Zinsstrukturkurve in allen Laufzeiten sehen wir die größten Ertragsrisiken im Zinsüberschuss. Demgegenüber würden sich die Ertragschancen bei einer steileren Zinsstrukturkurve erhöhen.

Bericht des Verwaltungsrates

Im Berichtsjahr fanden 6 Sitzungen des Verwaltungsrates statt, in der wir neben der aktuellen Geschäfts- und Risikolage mit dem Vorstand folgende Schwerpunkte erörterten:

- Evaluation der Neuausrichtung der Naspa im Rahmen des Strategieprojektes „Naspa 2011“
- Geschäftsstrategie sowie Risikostrategie und Teilrisikostrategien
- Ad-hoc-Berichterstattung an den Verwaltungsrat gemäß AT 4.3.2 TZ 9 Satz 5 der MaRisk
- Planung der Eigenkapitalentwicklung 2010 – 2015
- Entwicklung Naspa Dublin
- Entwicklung der Beteiligung der Naspa an der Erwerbsgesellschaft des DSGV für die Landesbank Berlin Holding AG
- Änderung der „Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse“ sowie der neuen „Geschäftsanweisung für den Vorstand“

Der Verwaltungsrat war in alle Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für das Institut einbezogen und hat, soweit erforderlich, nach eingehender Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt. Wir haben den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung überwacht. Der Vorstand unterrichtete uns über alle wesentlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspolitik sowie über die Entwicklung des laufenden Geschäfts und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Naspa und der Naspa-Gruppe regelmäßig, umfassend und zeitnah. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung wurden darüber hinaus in den Sitzungen der zuständigen Ausschüsse des Verwaltungsrates beraten und vertieft. Zwischen dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates und dem Vorsitzenden des Vorstandes der Naspa fanden daneben regelmäßige Besprechungen statt, in denen über aktuelle operative Themen informiert und strategische Überlegungen vorbereitend erörtert wurden.

Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main und Erfurt, prüfte den aufgestellten Jahresabschluss 2009 und erteilte den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Damit wurde testiert, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Die Abschlussunterlagen wurden allen Mitgliedern des Verwaltungsrates rechtzeitig zugesandt.

Der Abschlussprüfer hat an den heutigen Sitzungen des Bilanzausschusses und des Verwaltungsrates teilgenommen und über die Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Dabei wurde der Bericht des Abschlussprüfers in beiden Sitzungen ausführlich erörtert. Nach der abschließenden Prüfung durch den Bilanzausschuss und unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss.

In seiner heutigen Sitzung hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2009 der Naspa festgestellt, den Lagebericht gebilligt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Dem Vorschlag des Vorstandes für die Gewinnverwendung schließen wir uns an.

Der Verwaltungsrat wurde in seiner Sitzung am 24. April 2009 darüber informiert, dass der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Wunsch des Vorstandsmitgliedes, Herrn Gerhard Werntaler, gefolgt sei, seinen Dienstvertrag zum 31. Juli 2009 einvernehmlich aufzuheben. Wir danken Herrn Werntaler auch an dieser Stelle nochmals für seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit für die Naspa.

Der Verwaltungsrat – sowie die aus seiner Mitte bestellten Ausschüsse – haben somit im Berichtsjahr die ihm gemäß Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Wir danken dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Naspa für ihren engagierten und erfolgreichen Einsatz in dem für die gesamte Bankenlandschaft anspruchsvollen Geschäftsjahr 2009.

Wiesbaden, 27. April 2010

Dr. Helmut Müller
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Jahresabschluss

Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2009

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

Aktivseite	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009			
			31.12.2009	31.12.2008
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		113.023.728,39		96.519
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		138.099.094,03		77.495
			251.122.822,42	174.014
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-		-
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		370.929.950,71		285.030
b) andere Forderungen		1.437.245.581,83		2.119.669
			1.808.175.532,54	2.404.699
4. Forderungen an Kunden			8.099.729.549,54	7.910.009
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	3.350.029.250,17 EUR			3.415.289
Kommunalkredite	722.843.811,48 EUR			637.222
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	-,-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- EUR			(-)
ab) von anderen Emittenten	-,-			133.480
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- EUR			133.480
		-,-		(133.480)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	257.514.572,92			20.746
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	257.514.572,92 EUR			(20.746)
bb) von anderen Emittenten	840.302.655,65			968.752
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	738.130.027,65 EUR	1.097.817.228,57		989.498
				(833.657)
c) eigene Schuldverschreibungen		18.363.986,47		15.038
Nennbetrag	18.670.000,00 EUR			(15.813)
			1.116.181.215,04	1.138.016
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			396.275.462,48	398.719
7. Beteiligungen			126.682.803,52	130.902
darunter:				
an Kreditinstituten	1.757.501,00 EUR			(3.181)
an Finanzdienstleistungsinstituten	4.691.327,10 EUR			(3.864)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			40.004.863,97	291.005
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- EUR			(251.000)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- EUR			(-)
9. Treuhandvermögen			431.105,49	14.238
darunter:				
Treuhandkredite	431.105,49 EUR			(14.238)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte			7.565.813,12	6.648
12. Sachanlagen			121.369.733,18	130.397
13. Sonstige Vermögensgegenstände			10.115.439,27	13.141
14. Rechnungsabgrenzungsposten			2.855.802,70	2.998
Summe der Aktiva			11.980.510.143,27	12.614.786

Passivseite		Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009	
		31.12.2009	31.12.2008
	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig	142.073.273,25		59.289
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.608.931.120,55		2.928.309
		2.751.004.393,80	2.987.598
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.710.534.862,11		1.779.051
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	547.156.691,74		206.867
	2.257.691.553,85		1.985.918
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	3.834.304.637,49		2.892.569
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.091.226.185,55		2.601.945
	4.925.530.823,04		5.494.514
		7.183.222.376,89	7.480.432
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen	658.157.734,55		645.472
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-,-		-
darunter:		658.157.734,55	645.472
Geldmarktpapiere -,- EUR			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf -,- EUR			(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten		431.105,49	14.238
darunter: Treuhandkredite	431.105,49 EUR		(14.238)
5. Sonstige Verbindlichkeiten		26.606.400,48	44.774
6. Rechnungsabgrenzungsposten		21.642.727,70	30.289
7. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	307.121.740,00		313.352
b) Steuerrückstellungen	12.909.038,59		2.390
c) andere Rückstellungen	46.415.314,27		53.462
		366.446.092,86	369.204
8. Sonderposten mit Rücklageanteil		-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten		205.598.631,12	259.350
10. Genussrechtskapital		65.125.483,81	104.629
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	2.625.483,81 EUR		(42.130)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken		1.000.000,00	-
12. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital			
aa) Stammkapital	100.000.000,00		100.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter	100.000.000,00		100.000
	200.000.000,00		200.000
b) Kapitalrücklage		-,-	-
c) Gewinnrücklagen			
ca) Sicherheitsrücklage	478.800.000,00		478.800
cb) andere Rücklagen	-,-		-
	478.800.000,00		478.800
d) Bilanzgewinn	22.475.196,57		-
		701.275.196,57	678.800
Summe der Passiva		11.980.510.143,27	12.614.786
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	3.671.528.464,10		163.575
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-	-
		3.671.528.464,10	163.575
2. Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	304.517.000,00		413.396
		304.517.000,00	413.396

Gewinn- und Verlustrechnung		für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009		
		1.1.-31.12.2009		1.1.-31.12.2008
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	475.170.437,63			569.576
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	39.241.547,17			52.400
		514.411.984,80		621.976
2. Zinsaufwendungen		294.995.527,77		430.842
			219.416.457,03	191.134
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		8.762.970,66		14.500
b) Beteiligungen		2.771.574,38		5.722
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		1.427.031,09		7.725
			12.961.576,13	27.947
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			6.362.817,95	5.436
5. Provisionserträge		68.024.521,26		69.796
6. Provisionsaufwendungen		4.561.394,90		4.962
			63.463.126,36	64.834
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			352.385,35	710
8. Sonstige betriebliche Erträge			11.274.553,09	14.543
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
			313.830.915,91	304.604
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	95.858.452,53			107.639
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung 11.794.017,20 EUR	28.678.429,00	124.536.881,53		29.286 136.925 (12.285)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		71.171.934,02		76.096
			195.708.815,55	213.021
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			13.685.910,59	13.569
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			6.653.191,49	13.202
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			54.837.978,73	12.076
13a. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			1.000.000,00	-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,-	-
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			7.193.881,74	37.769
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-,-	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			632.864,35	2.562
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			34.118.273,46	12.405

		1.1.-31.12.2009	1.1.-31.12.2008
	EUR	EUR	TEUR
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit (Übertrag)		34.118.273,46	12.405
20. Außerordentliche Erträge	-,-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen	-,-		-
22. Außerordentliches Ergebnis		-,-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11.271.958,34		11.988
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	371.118,55		417
		11.643.076,89	12.405
25. Jahresüberschuss		22.475.196,57	-
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		-,-	-
		22.475.196,57	-
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Sicherheitsrücklage	-,-		-
b) aus anderen Rücklagen	-,-		-
		-,-	-
		22.475.196,57	-
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Sicherheitsrücklage	-,-		-
b) in andere Rücklagen	-,-		-
		-,-	-
29. Bilanzgewinn		22.475.196,57	-

Anhang der Nassauischen Sparkasse

zum 31. Dezember 2009

Allgemeine Angaben

Die Nassauische Sparkasse hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in der bis zum 28. Mai 2009 geltenden Fassung und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind nach dieser Verordnung gegliedert. Darüber hinaus wurden die gemäß Artikel 66 Abs. 2 Satz 1 des Einführungsgesetzes zum HGB (EGHGB) in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes erforderlichen Angaben im Anhang berücksichtigt.

Der Jahresabschluss wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind zum Nennwert bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungs- und Nennbetrag werden als Rechnungsabgrenzung ausgewiesen und auf die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Von einer Vereinnahmung von Zinserträgen wird – ungeachtet des Rechtsanspruchs – dann abgesehen, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Realisierung der Zinserträge nicht zu erwarten ist.

Für ausfallgefährdete Forderungen haben wir Wertberichtigungen in vollem Umfang gebildet und vom Forderungsbestand gekürzt. Soweit die Gründe für die Wertberichtigungen nicht mehr bestehen, sind diese ertragswirksam aufgelöst worden. Daneben besteht eine steuerlich zulässige Pauschalwertberichtigung, bei deren Ermittlung die Erfahrungswerte der tatsächlich in der Vergangenheit angefallenen Kreditausfälle zugrunde gelegt wurden.

Den weiteren Risiken des Bankgeschäftes haben wir durch Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB Rechnung getragen.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden, sofern sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind, zu den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren Kurswerten oder beizulegenden Werten am Bilanzstichtag bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Bei Wertpapieren, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, erfolgt eine Abschreibung auf den niedrigeren Zeitwert nur, sofern eine dauernde Wertminderung vorliegt (gemildertes Niederstwertprinzip).

Vor dem Hintergrund der besonderen Marktverhältnisse im Zuge der Finanzmarktkrise haben wir unsere Wertpapiere (Direktanlagen) daraufhin untersucht, ob am Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht, oder ob der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir grundsätzlich auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag einbezogen. Wesentliche Bestimmungsfaktoren, ob ein Markt als aktiv oder inaktiv angesehen wurde, waren zum einen die Entwicklung der Geld-/Brief-Spannen und zum anderen die beobachtbaren Umsätze.

Sofern danach für die Wertpapiere aktive Märkte vorliegen, was überwiegend der Fall war, haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise zur Bewertung herangezogen. Die angesetzten Kurse haben wir zusätzlich anhand verschiedener Kursquellen auf Plausibilität geprüft. In den Fällen inaktiver Märkte haben wir die Bewertung anhand indikativer Kurse verschiedener Kursinformationsanbieter vorgenommen und plausibilisiert.

Die Anteile an Wertpapier-Spezialfonds und Publikumsfonds haben wir grundsätzlich auf Basis der investimentrechtlichen Rücknahmepreise bewertet. Bei Wertpapieren, bei denen wir von einer dauernden Wertminderung ausgehen, haben wir die Bewertungskurse auf der Basis indikativer Kurse festgelegt.

Auf Wertpapiere, bei denen Leistungsstörungen bestehen, haben wir Abschreibungen auf den unter vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Rückzahlungswert vorgenommen. In diesen Fällen wurde auch von einer Vereinnahmung von Zinserträgen – ungeachtet des Rechtsanspruchs – abgesehen.

Der Buchwert der nicht mit dem Niederstwert angesetzten Wertpapiere beläuft sich inklusive Zinsabgrenzungen auf 336,5 Mio. EUR; der Zeitwert beträgt inklusive Zinsabgrenzungen 323,8 Mio. EUR. Da diese Wertpapiere nach unseren Erwartungen überwiegend zu 100 % zurückgezahlt werden, die Zinsen bisher überwiegend vertragskonform gezahlt wurden und keine anderweitigen Hinweise auf zu erwartende Leistungsstörungen vorliegen, gehen wir von einer nicht dauerhaften Wertminderung aus. Bei einer dauerhaft anzunehmenden Wertminderung haben wir dies bei der Bewertung berücksichtigt. Soweit es sich hierbei um Investmentfondsanteile handelt, die im Anlagevermögen gehalten werden, gehen wir auf Basis der in den Fonds enthaltenen Wertpapiere (Transparenzprinzip), bei denen bisher keine Leistungsstörungen aufgetreten sind, von einer nicht dauerhaften Wertminderung aus.

Die Bewertung der Wertpapiere zum gemilderten Niederstwertprinzip haben wir vorgenommen, um Ergebnisschwankungen zu verringern. Hierdurch hat sich das Jahresergebnis insgesamt um 12,7 Mio. EUR verbessert.

Den Anschaffungskosten der Schuldverschreibungen mit Zinszahlung bei Einlösung werden die anteiligen Zinsen zugeschlagen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten bzw. fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bewertet. Dabei orientieren wir uns an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Bei den Gebäuden erfolgen die planmäßigen Abschreibungen linear mit Abschreibungssätzen zwischen 2 % und 4 %. Soweit steuerliche Vorschriften höhere Abschreibungssätze zulassen, werden diese angewandt. Mietereinbauten werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden mit den steuerlich höchstzulässigen Sätzen abgeschrieben, wobei auf Zugänge die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet wird. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Steuerliche Sonderabschreibungen früherer Jahre beeinflussen das Ergebnis nur in unbedeutendem Umfang.

Wertaufholung

Sind die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen bzw. für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr vorhanden, werden Zuschreibungen nach § 280 Abs. 1 HGB vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt.

Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit ihrem Barwert angesetzt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden in Höhe des Betrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen für Pensionen und sonstige pensionsähnliche Verpflichtungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen entsprechend dem Teilwertverfahren des § 6a EStG gebildet. Hierbei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005 G und ein Rechnungszinsfuß von 6 % zugrunde gelegt. Die Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen wurden auf Basis eines Rechnungszinsfußes von 5,5 % ermittelt.

Für laufende Pensionen oder Anwartschaften, bei denen die Pensionsberechtigten einen Rechtsanspruch vor dem 1. Januar 1987 erworben haben, wurde von dem Wahlrecht gemäß Art. 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionsrückstellungen im Umfang von rund 19,8 Mio. EUR (Vorjahr: 17,0 Mio. EUR) nicht gebildet.

Währungsumrechnung

Bilanzposten, die auf ausländische Währung lauten, sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Fremdwährungskassageschäfte werden zum EZB-Referenzkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Schwebende Termingeschäfte werden zu Terminkursen des Bilanzstichtages umgerechnet.

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 340h HGB.

Umrechnungsdifferenzen werden unter Beachtung des Niederstwert- und des Imparitätsprinzips erfolgswirksam gebucht. Nicht realisierte Erträge aus schwebenden Geschäften werden bei Vorliegen einer einfachen Deckung bis zur Höhe der entstandenen Aufwendungen aus den zur Deckung dienenden Geschäften vereinnahmt.

Die Nettopositionen je Währung werden täglich ermittelt.

Fristengliederung

Von der Erleichterungsregelung gemäß § 11 Satz 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

B. Angaben zur Bilanz

Angaben und Erläuterungen zu den Bilanzposten erfolgen analog zum Ausweis in der Bilanz.

Aktiva		
	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	TEUR
Forderungen an Kreditinstitute		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10	–
– Forderungen an verbundene Unternehmen	–	1.122.054
– Forderungen an die eigenen Girozentralen	104.869	212.655
– Forderungen mit Nachrangabrede	12.327	15.759
Aufgliederung des Postens nach Restlaufzeiten:		
b) andere Forderungen		
bis drei Monate	579.313	925.137
mehr als drei Monate bis ein Jahr	174.649	528.133
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	512.042	252.030
mehr als fünf Jahre	138.899	359.741
Forderungen an Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	251.676	144.316
– Forderungen an verbundene Unternehmen	21.186	31.572
– Forderungen mit Nachrangabrede	596	1.168
Aufgliederung des Postens nach Restlaufzeiten:		
Forderungen an Kunden		
bis drei Monate	440.668	328.110
mehr als drei Monate bis ein Jahr	497.891	505.856
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.038.711	1.785.827
mehr als fünf Jahre	4.719.006	4.842.662
mit unbestimmter Laufzeit	384.948	426.069
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Von den in diesem Posten enthaltenen Wertpapieren sind:		
– Wertpapiere mit Nachrangabrede	185	250
– börsennotiert	1.030.154	1.108.043
– nicht börsennotiert	86.027	29.974
– wie Anlagevermögen bewertet	207.017	245.378
– bei anderen Kreditinstituten in Pension gegebene Wertpapiere	–	–
– im Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig	171.675	688.257

Aktiva				
		31.12.2009	31.12.2008	
		TEUR	TEUR	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
In diesem Posten sind enthalten:				
– Wertpapiere mit Nachrangabrede		35.606	38.786	
– wie Anlagevermögen bewertet		129.546	137.938	
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:				
– börsennotiert		20.924	24.103	
– nicht börsennotiert		375.352	374.616	
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen				
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:				
– börsennotiert		–	–	
– nicht börsennotiert		1.883	2.313	
Entwicklung der Finanzanlagen				
	Schuld- verschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Bilanzwert am 01.01.2009	248.378	140.938	130.902	291.005
Veränderungen	171.888	–3.037	–4.219	–251.000
Bilanzwert zum 31.12.2009	420.266	137.901	126.683	40.005
Bilanzwert Vorjahr	248.378	140.938	130.902	291.005
Von der Zusammenfassungsmöglichkeit gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.				
Treuhandvermögen				
Die in diesem Posten enthaltenen Treuhandkredite in Höhe von bestehen ausschließlich aus Forderungen an Kunden.			431	14.238
Der erhebliche Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem geänderten Ausweis von Weiterleitungs- darlehen aus Sonderkreditprogrammen, die mit einer 100%igen Haftungsfreistellung versehen sind. Der Bilanzausweis erfolgt unter den Forderungen an Kunden.				
Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				
Hiervon entfallen auf:				
– im Rahmen des Sparkassengeschäftes genutzte Grundstücke und Gebäude		89.474	94.348	
– Betriebs- und Geschäftsausstattung		12.346	14.189	

Aktiva		
	Immaterielle Anlagewerte	Sach- anlagen
	TEUR	TEUR
Entwicklung		
Anschaffungskosten am 01.01.2009	17.426	356.056
Zugänge	3.071	4.135
Umbuchungen	–	–
Abgänge	1.193	7.930
Kumulierte Abschreibungen	11.738	230.891
Bilanzwert zum 31.12.2009	7.566	121.370
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	–	–
Abschreibungen des Geschäftsjahres	2.097	11.589
	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	TEUR
Rechnungsabgrenzungsposten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Unterschied zwischen Ausgabe- und niedrigerem Rückzahlungsbetrag von Forderungen	104	36
– Unterschied zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten	491	780
– sonstige Rechnungsabgrenzungen	2.261	2.182

Passiva		
	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	16.095	8.159
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	36
– Verbindlichkeiten gegenüber den eigenen Girozentralen	1.560.040	1.766.627
Aufgliederung des Unterpostens nach Restlaufzeiten:		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	91.368	121.697
mehr als drei Monate bis ein Jahr	28.926	265.796
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.025.227	1.526.466
mehr als fünf Jahre	402.757	932.057
Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände:		
– Darin sind Wertpapiere mit Buchwerten von enthalten, die der Deutschen Bundesbank verpfändet wurden.	947.326	932.551
Zum Bilanzstichtag betragen die derart besicherten Verbindlichkeiten	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.631	2.506
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.276	12.033
Aufgliederung des Unterpostens nach Restlaufzeiten:		
a) Spareinlagen		
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		
bis drei Monate	131.966	103.069
mehr als drei Monate bis ein Jahr	384.052	98.068
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	30.675	4.970
mehr als fünf Jahre	464	761
b) andere Verbindlichkeiten		
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	605.932	1.128.467
mehr als drei Monate bis ein Jahr	344.459	1.299.212
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	130.783	146.649
mehr als fünf Jahre	9.096	9.405

Passiva		
	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	TEUR
Verbriefte Verbindlichkeiten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
Begebene Schuldverschreibungen, die im Folgejahr fällig werden	57.997	–
Treuhandverbindlichkeiten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	431	14.238
Der erhebliche Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem geänderten Ausweis von Weiterleitungsdarlehen aus Sonderkreditprogrammen, die mit einer 100%igen Haftungsfreistellung versehen sind.		
Rechnungsabgrenzungsposten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Unterschied zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	20.269	28.283
– sonstige Rechnungsabgrenzungen	1.374	2.006
Steuerrückstellungen		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Rückstellungen für laufende Veranlagungen	12.813	232
– Rückstellungen für Betriebsprüfungen	96	2.159
– Rückstellungen für latente Steuern	–	–
Nachrangige Verbindlichkeiten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
– abgegrenzte Zinsen	6.356	6.985

Die von der Nassauischen Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten dienen der Verstärkung des haftenden Eigenkapitals. Sie haben im Wesentlichen Ursprungslaufzeiten von mehr als fünf Jahren.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen.

Die Nassauische Sparkasse hat sich teilweise ein außerordentliches Kündigungsrecht der nachrangigen Verbindlichkeiten, kündbar mit zweijähriger Kündigungsfrist zum Ende eines Geschäftsjahres, vorbehalten.

Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldformen besteht nicht.

Folgende nachrangige Verbindlichkeit übersteigt 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Betrag Mio. EUR	Emissionsjahr	Zinssatz in %	Fällig im Jahr
25	2000	6,22	2010

Die nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt 174,2 Mio. EUR, die im Einzelfall 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, haben eine Durchschnittsverzinsung von 5,65 % und eine Laufzeit von 2 bis 12 Jahren; davon werden in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, 72,6 Mio. EUR fällig.

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Zinsaufwendungen in Höhe von 12,5 Mio. EUR angefallen.

C. Angaben und Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen

In diesem Posten ist die Haftungsverpflichtung gegenüber dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen aus dem Verkauf der Naspa Dublin in Höhe von 3.526,4 Mio. EUR enthalten. Weitere Erläuterungen hierzu haben wir in Abschnitt E. gemacht.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Bei den am Bilanzstichtag bestehenden unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich um Buchkredite. Keine der Zusagen ist für die Gesamttätigkeit der Nassauischen Sparkasse von wesentlicher Bedeutung.

D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Provisionserträge

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Investmentzertifikate, Bausparverträge etc.).

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten zu rund 26 % Grundstückserträge.

E. Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Anteilsbesitz der Nassauischen Sparkasse in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung gemäß § 286 Abs. 3 i. V. m. § 285 Nr. 11 HGB ist:

Gesellschaft	Sitz	Kapitalanteil	Eigenkapital	Bilanzsumme	Umsatzerlöse	Ergebnis Geschäftsjahr 2009
		in %	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbundene Unternehmen						
Naspa-Direkt GmbH ¹⁾	Wiesbaden	100,0	256	1.023	3.929	–
Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG	Wiesbaden	100,0	27.650	28.262	1.531	350
Naspa Immobilien GmbH ¹⁾	Wiesbaden	100,0	25	540	1.838	–120
Naspa-Versicherungs-Service GmbH ¹⁾	Wiesbaden	75,0	511	4.235	9.399	5.769
Nassovia Beteiligungsgesellschaft mbH ¹⁾	Wiesbaden	100,0	5.113	23.016	2.385	603
Nassovia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Wiesbaden	100,0	6.400	6.468	51	33
Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG ²⁾³⁾	Oestrich-Winkel	100,0	3.295	5.938	888	–513
Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG ³⁾	Oestrich-Winkel	100,0	1.786	5.526	3.987	1.077
Beteiligungen						
Bankservicegesellschaft Rhein-Main GmbH	Kriftel	50,0	2.500	3.662	7.379	277

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

²⁾ Ergebnisübernahme durch die Naspa.

³⁾ Abweichendes Geschäftsjahr (30.06.2009).

Eine Einbeziehung der Tochterunternehmen in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss. Im Hinblick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind die verbundenen Unternehmen insgesamt von untergeordneter Bedeutung, so dass gemäß § 296 HGB die Aufstellung eines **Konzernabschlusses** unterbleiben konnte.

Derivative Finanzinstrumente

Die Nassauische Sparkasse schließt Geschäfte im Rahmen der Gesamtbanksteuerung sowie zur Absicherung von Zins-, Marktpreis- und Währungsrisiken aus dem allgemeinen Bankgeschäft und darüber hinaus als Handelsgeschäfte ab. Kontrahenten sind überwiegend Landesbanken.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswaps wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen. Den Marktwerten dieser Geschäfte stehen in den Bilanzposten gegenläufige Wertentwicklungen gegenüber.

Die im Zusammenhang mit Vermögenswerten (Forderungen und Wertpapieren) zur Absicherung von Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiken abgeschlossenen Termingeschäfte wurden mit den jeweiligen Vermögenswerten als Bewertungseinheit behandelt.

Die im Kundengeschäft getätigten, grundsätzlich gegenläufigen Termingeschäfts- und Optionspositionen wurden als Bewertungseinheiten behandelt. Dabei wurden errechnete Bewertungsverluste mit ermittelten Bewertungsgewinnen kompensiert. Für verbleibende Bewertungsverluste werden Rückstellungen gebildet; verbleibende Bewertungsgewinne bleiben ohne Ansatz.

Die übrigen derivativen Finanzinstrumente werden nach den Grundsätzen des Imparitäts- und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts hat sich die Naspa auf Marktwerte und auf Marktwerte einzelner Bestandteile von Finanzinstrumenten bzw. auf Marktwerte gleichwertiger Instrumente gestützt.

Bei Zinsderivaten erfolgt die Bewertung grundsätzlich nach der Barwertmethode auf Basis der aktuellen Zinsstrukturkurven.

Optionsrechte und Optionsverbindlichkeiten bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Für die Bewertung der im Rahmen des Sparkassen Kreditpools II der Landesbank Hessen-Thüringen abgeschlossenen Credit Default Swaps und die im Rahmen des Sparkassen Kreditbaskets III und VI abgeschlossenen Credit Linked Notes, die aus einer Schuldverschreibung und einem Credit Default Swap bestehen, wurden Bewertungsmodelle herangezogen. Bei beiden Modellen wurden die folgenden Bewertungsparameter verwendet: Zinssätze, die sich nach der aktuellen Zinsstrukturkurve richten, Ausfall- und Übergangswahrscheinlichkeiten, die sich aus der Migrationsmatrix des DSGV bzw. nach den aktuellen Ratingnoten der im Kreditpool enthaltenen Adressrisiken ergeben.

Die positiven beizulegenden Zeitwerte können als Indikator für die mit den Geschäften verbundenen potentiellen Adressenausfallrisiken dienen.

In Passivposten 7c) bestehen Drohverlustrückstellungen für Zinsswaps von 0,9 Mio. EUR und für Credit Default Swaps von 0,5 Mio. EUR.

Die Derivate auf Zinsrisiken beinhalten 3.937,6 Mio. EUR Geschäfte zur Steuerung des Zinsbuches bzw. Absicherungsgeschäfte.

Die Derivate auf Währungsrisiken beinhalten 193,6 Mio. EUR Absicherungsgeschäfte, 39,4 Mio. EUR Handelsgeschäfte und 77,2 Mio. EUR gedeckte Kundengeschäfte. Die Derivate auf Kreditrisiken beinhalten 60,7 Mio. EUR Absicherungs- bzw. Steuerungsgeschäfte.

Die Grundsätze des Risikomanagements sowie die verwendeten Messverfahren und Limitsysteme sind vom Vorstand genehmigt worden. Die für das Risikomanagement Verantwortlichen berichten unmittelbar an den Vorstand.

Der Bestand derivativer Geschäfte am Bilanzstichtag setzt sich nach Nominalbeträgen, Zeitwerten und Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegende Zeitwerte zum 31.12.2009	
	31.12.2009	31.12.2008	positive	negative
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Zinsrisiken				
Zinsswaps	3.937.571	3.604.216	48.038	163.758
	3.937.571	3.604.216	48.038	163.758
Adressenrisiken				
Credit Default Swaps	60.733	36.733	40	146
	60.733	36.733	40	146
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	267.005	486.276	1.778	2.780
Devisenoptionsgeschäfte	–	8.316	–	–
Zins-/Währungsswaps	43.236	43.886	1.838	534
	310.241	538.478	3.616	3.314
Gesamt	4.308.545	4.179.427	51.694	167.218

Kundengruppengliederung	Nominalwerte	
	31.12.2009	31.12.2008
Banken in der OECD	4.154.019	4.008.964
Sonstige Kontrahenten	154.526	170.463
Gesamt	4.308.545	4.179.427

Nominalwerte/Restlaufzeiten	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	TEUR
Zinsrisiken		
– bis ein Jahr	362.744	880.645
– über ein Jahr bis fünf Jahre	2.664.714	1.607.555
– über fünf Jahre	910.113	1.116.016
Zinsrisiken insgesamt	3.937.571	3.604.216
Adressenrisiken		
– bis ein Jahr	26.920	–
– über ein Jahr bis fünf Jahre	33.813	36.733
– über fünf Jahre	–	–
Adressenrisiken insgesamt	60.733	36.733
Währungsrisiken		
– bis ein Jahr	267.005	494.292
– über ein Jahr bis fünf Jahre	–	300
– über fünf Jahre	43.236	43.886
Währungsrisiken insgesamt	310.241	538.478
Gesamt	4.308.545	4.179.427

Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände bei der Naspa in Höhe von 205,3 Mio. EUR und Verbindlichkeiten in Höhe von 45,4 Mio. EUR.

Bezüge der Organe (§ 285 Satz 1 Nr. 9a und Nr. 9b HGB)

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.731 TEUR. Der Vorsitzende des Vorstands, Herr Stephan Ziegler, erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 536 TEUR. Herr Jürgen Bockholt erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 349 TEUR. Herr Günter Högner erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 344 TEUR. Herr Bertram Theilacker erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 306 TEUR. Herr Gerhard Wernthaler erhielt als Vorstandsmitglied bis zum Übertritt in den Ruhestand am 1. August 2009 Bezüge in Höhe von 196 TEUR.

Die Vorstandsmitglieder haben, mit Ausnahme von Herrn Bockholt, gegenüber der Sparkasse Anspruch auf ein Ruhegehalt. Die Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ergibt sich aus den aufgrund § 20 Absatz 5 Satz 2 Hessisches Sparkassengesetz (HSpG) erlassenen Anstellungsrichtlinien des SGVHT. Die Höhe des Ruhegehaltsanspruches bestimmt sich auf dieser Grundlage nach einem in Abhängigkeit von der Zahl der zurückgelegten Dienstjahre jährlich steigenden Prozentsatz.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes sowie an ihre Hinterbliebenen wurden Ruhegehälter in Höhe von 1.348 TEUR gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 13.828 TEUR.

Die Aufwendungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates beliefen sich im Berichtsjahr 2009 auf 99 TEUR.

Kredite an Organmitglieder (§ 285 Satz 1 Nr. 9c HGB)

Zum Jahresende belaufen sich die Gesamtbeträge der gewährten Kredite und der eingegangenen Haftungsverhältnisse für die Mitglieder des Vorstandes auf 1 TEUR und für die Mitglieder des Verwaltungsrates auf 614 TEUR.

Honorar des Abschlussprüfers (§ 285 Satz 1 Nr. 17 HGB)

In den anderen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10b) sind Honorare des Abschlussprüfers in Höhe von 432 TEUR enthalten. Hiervon entfielen 380 TEUR auf die Durchführung der Jahresabschlussprüfung und 52 TEUR auf andere Bestätigungsleistungen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2009	2008
Vollzeitkräfte	1.383	1.431
Teilzeit- und Ultimokräfte	518	508
	1.901	1.939
Auszubildende	132	127
Insgesamt	2.033	2.066

Nicht bilanzierte Verpflichtungen sowie Angaben nach § 285 Satz 1 Nr. 11a HGB

Die Nassauische Sparkasse hat am 19. Dezember 2008 mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) einen Unternehmenserwerbsvertrag zum Erwerb der **Naspa Dublin** geschlossen. Der dingliche Vollzug des Vertrages erfolgte am 29. Mai 2009. Die Naspa Dublin ist eine Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung (Private Unlimited with Share Capital) nach irischem Recht. Nach dem Ausscheiden als Gesellschafterin besteht für die Naspa eine einjährige Nachhaftung für die während des Beteiligungsverhältnisses eingegangenen Verbindlichkeiten, sofern der neue Gesellschafter seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann.

In einem separaten **öffentlich-rechtlichen Vertrag** mit dem SGVHT hat sich die Naspa verpflichtet, im Innenverhältnis zwischen dem SGVHT und der Naspa bestimmte wirtschaftliche Risiken im Zusammenhang mit den von der Naspa Dublin gehaltenen Wertpapieren zu übernehmen. Nach den Bestimmungen dieses Vertrages trägt der SGVHT über dessen regionalen Reservefonds mit wirtschaftlicher Wirkung ab dem 31. Dezember 2008 etwaige tatsächliche Ausfälle aus den von der Naspa Dublin gehaltenen Positionen bis zu einer Höhe von 100 Mio. EUR. Über ihre Beteiligung am Stammkapital des SGVHT ist die Naspa allerdings weiterhin indirekt wirtschaftlich von diesen Ausfällen betroffen. Im Hinblick auf diese Übernahme von tatsächlichen Ausfällen durch den Reservefonds bis zur Höhe von 100 Mio. EUR hat sich die Naspa in einem Beserungsschein zugunsten des Reservefonds zudem zum Ausgleich verpflichtet, sofern dies mit der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Naspa, insbesondere mit der hinreichenden Ausstattung mit Eigenkapital und mit der zur Erfüllung des öffentlichen Auftrages erforderlichen Ertragskraft vereinbar ist. Alle Ausfälle, die über die zuvor genannte Höhe von 100 Mio. EUR hinausgehen, sind dagegen im Innenverhältnis zwischen dem SGVHT und der Naspa von der Naspa zu tragen, d. h., soweit sich derartige Ausfälle realisieren und durch den SGVHT bzw. den Reservefonds als Eigentümer der Naspa Dublin getragen werden müssen, ist die Naspa verpflichtet, die Ausfälle durch entsprechende Zahlungen an den SGVHT bzw. den Reservefonds auszugleichen. Für den Fall, dass die für die Naspa Dublin zuständige Bankaufsichtsbehörde (Financial Regulator) eine Verstärkung des Eigenkapitals der Naspa Dublin verlangt, hat sich die Nassauische Sparkasse verpflichtet, dem SGVHT auf dessen Wunsch unter Wahrung

gesetzlicher Anforderungen und Beschränkungen – insbesondere der Großkreditbestimmungen des Kreditwesengesetzes – Darlehen zur Refinanzierung bereitzustellen.

Die Nassauische Sparkasse hatte gegenüber und zugunsten der Naspa Dublin eine Patronatserklärung abgegeben, wonach sie sicherstellt, dass die Naspa Dublin ihre Verpflichtungen in Höhe der Beteiligungsquote der Nassauischen Sparkasse an der Naspa Dublin zum Zeitpunkt des Eingehens der jeweiligen Verbindlichkeit stets erfüllen kann. Da bei der Naspa Dublin keine Verbindlichkeiten mehr aus der Zeit der Gesellschafterstellung der Naspa bestehen, ist die Patronatserklärung der Naspa gegenstandslos geworden.

Die Nassauische Sparkasse ist beschränkt haftende Gesellschafterin der **Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG**, Mainz, und der **HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG**, Pullach. Die Haftung ist auf die im Handelsregister eingetragene Haftsumme begrenzt. Davon unberührt besteht für die im Zeitpunkt der Eintragung der Umwandlung in das Handelsregister begründeten Verbindlichkeiten der Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs OHG und der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien OHG eine Nachhaftung für einen Zeitraum von fünf Jahren.

Die Nassauische Sparkasse ist dem bundesweiten **Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation** angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Zur Fortentwicklung des Sicherungssystems der deutschen Sparkassenorganisation erfolgte zum 1. Januar 2006 die Einführung eines Risikomonitoringsystems zur Früherkennung von Risiken sowie die Umstellung auf eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei

gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der Sicherungsreserve der Sparkassenorganisation (Barmittel und Nachschusspflichten).

Als zusätzlich, neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale **Reservefonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen** instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitglieds-sparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage erreicht sind. Bemessungsgrundlage ist die Gesamtrisikoposition, nach der sich das bankaufsichtsrechtlich erforderliche Eigenkapital errechnet. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

Die **Verpflichtungen aus Leasingverträgen** betragen für die Jahre 2010 bis 2011 jährlich 0,2 Mio. EUR. Die Leasingverträge haben eine Laufzeit bis vier Jahre.

Andere nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen sind nur von untergeordneter Bedeutung für die Finanzlage der Nassauischen Sparkasse.

Verwaltungsrat der Nassauischen Sparkasse

Vorsitzender:

Dr. Helmut Müller
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Wiesbaden

Helmut Bruns
Rentner

Hildebrand Diehl
Oberbürgermeister i. R. der
Landeshauptstadt Wiesbaden

Bärbel Henrich-Bender
Mitarbeiterin der Naspa
Personalratsvertreterin

Harald Schweitzer
Mitglied des Landtages
Rheinland-Pfalz

Stv. Vorsitzender:

Günter Kern
Landrat des
Rhein-Lahn-Kreises

Peter Feldmann
Grundsatzreferent des
Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Axel Imholz
Selbstständiger
Kommunikationsberater

Achim Schwickert
Landrat des
Westerwaldkreises
ab 27.11.2009

Weitere Mitglieder:

Marion Adelmann
Mitarbeiterin der Naspa
Personalratsvertreterin

Dr. Manfred Fluck
Landrat i. R. des
Kreises Limburg-Weilburg

Andreas Immel
Mitarbeiter der Naspa
Gewerbekundenberater

Peter Paul Weinert
Landrat i. R. des
Westerwaldkreises
bis 26.11.2009

Burkhard Albers
Landrat des
Rheingau-Taunus-Kreises

Berthold R. Gall
Landrat des
Main-Taunus-Kreises

Helmut Klöckner
Verbandsbürgermeister i. R. der
Verbandsgemeinde Nassau

Klaus-Peter Willsch
Mitglied des Bundestages

Silvia Andree
Mitarbeiterin der Naspa
Private Banking-Beraterin

Rita Gröschel
Mitarbeiterin der Naspa
Private Banking-Beraterin

Uwe Lichte
Mitarbeiter der Naspa
Personalratsvertreter

Stefan Zimmermann
Mitarbeiter der Naspa
Leiter Finance-Center

Jürgen Banzer
Staatsminister des
Landes Hessen

Heinz Hannappel
Mitarbeiter der Naspa
Personalmanager

Manfred Michel
Landrat des
Kreises Limburg-Weilburg

Uwe Becker
Stadtkämmerer der
Stadt Frankfurt am Main

Patrick Hannappel
Mitarbeiter der Naspa
Leiter Finance-Center

Petermartin Oschmann
Verbandsjurist des
AGV HessenChemie

Harald Schindler
Sonderbeauftragter für Kommu-
nen und Sonderkunden der
SV-Service GmbH

Vorstand der Nassauischen Sparkasse

Vorsitzender

Stephan Ziegler

Mitglieder

Jürgen Bockholt

Günter Högner

Bertram Theilacker (ab 01.05.2009)
(stellvertretendes Vorstandsmitglied bis 30.04.2009)

Gerhard Wernthaler (bis 31.07.2009)

Mandate des Vorstandes und anderer Mitarbeiter im Sinne von § 340 a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Stephan Ziegler	Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt
Jürgen Bockholt	neue leben Pensionskasse AG, Hamburg (ab 24.09.2009)
Günter Högner	Naspa Dublin, Dublin (bis 29.05.2009 und ab 31.07.2009)
Gerhard Wernthaler	neue leben Pensionskasse AG, Hamburg (bis 31.07.2009) S Broker AG & Co. KG, Wiesbaden (bis 31.07.2009) Naspa Dublin, Dublin (bis 31.07.2009)

Wiesbaden, den 15. März 2010

Nassauische Sparkasse

– Der Vorstand –



Ziegler



Bockholt



Högner



Theilacker

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Nassauischen Sparkasse für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Nassauischen Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Nassauischen Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchfüh-

rung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Nassauischen Sparkasse. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Nassauischen Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 16. März 2010
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
– Prüfungsstelle –

Dr. Sablotny
Wirtschaftsprüfer

Winterstein
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber__Nassauische Sparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts
Rheinstraße 42–46, 65185 Wiesbaden, Fon: 06 11/ 364-0

Druck__Druckerei Gerich, Wiesbaden

Gestaltung__2+ Design, Wiesbaden

